

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zt., mit Zustellgeld 3.80 zt. Bei Postbezug monatl. 3.89 zt., vierteljährlich 11.66 zt. Unter Streifband in Polen monatl. 7.50 zt., Danzig 2.50 gr. Deutschland 2.50 gr. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u. c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspalige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 D. P., Deutschland 10 bzw. 70 D. P. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschript u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postleitkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 79

Bromberg, Donnerstag, den 4. April 1935.

59. Jahrg.

„Vernunft und Entschlossenheit“

die Kennzeichen der polnischen Politik.

Edens Austrag im Spiegel der polnischen Presse.

Während die Besprechungen des Ministers Eden mit den leitenden Faktoren der polnischen Außenpolitik auf Grund der durch die Berliner und Moskauer Gespräche geschaffenen Gegebenheiten bereits im Gange sind, kann die öffentliche Meinung ihr regstes Interesse für den Verlauf und den Ausgang dieser Diskussion nicht anders betätigen, als durch eine außerordentlich prägende, jeden Satz analysierende, auf jeden Unterton lauschende Lektüre der Artikel, in denen die maßgebende Presse des Regierungslagers den britischen Staatsmann begrüßt. Diese Artikel umschreiben ziemlich übereinstimmend und für einen politisch geschulten Leser ziemlich klar die Ausgangsstellung, von der aus die polnischen Staatsmänner in die Aussprache mit dem britischen Staatsmann eingetreten sind.

Die halbamtliche „Gazeta Polska“ betont, daß der Besuch des Mitgliedes des britischen Kabinetts in Polen gerade in eine Zeit fällt, in der die europäischen Verhältnisse ziemlich gewaltigen Evolutionen unterliegen. Das System, mit dessen Hilfe man seit der Beendigung des Krieges, wenn nicht die Zusammenarbeit, so doch das Zusammenleben der Staaten regelte, dieses System, das sich „System des Völkerbundes“ nennen läßt, macht gegenwärtig eine Feuerprobe durch. Das allgemeine Problem, das zu lösen ist, besteht darin, entweder das bisherige System entsprechend zu vervollkommen und an ihm die Wirklichkeit berücksichtigende Korrekturen vorzunehmen oder ein anderes System zu schaffen. Diese zweite Lösung ist insofern schwieriger, als zur Erreichung des Hauptziels, dem jedes System der internationalen Zusammenarbeit zu treiben sollte, die Sicherung des Friedens ist. Ein solches System müßte sowohl allgemein genug als auch elastisch genug sein, damit es allgemein wird. Die Bemühungen der Diplomatie Großbritanniens scheinen, so heißt es weiter, gerade auf die Richtung abzuzielen.

Wenigstens Europa eine Gestaltung der Verhältnisse zu sichern, die eine Lösung der unvermeidlich entstehenden Schwierigkeiten in einer möglichst gerechten und wirksamen Art gestattet.

Die Informationsreise des Ministers Eden ist ein wichtiges Glied in der Kette dieser Bemühungen und hieraus ergibt sich ihr tatsächlich bedeutender Charakter.

Das offiziöse Regierungssorgan gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Minister Eden während seines Besuchs in Warschau viele gemeinsame Gesichtspunkte zwischen dem britischen Kabinett und der Polnischen Regierung finden werde. Denn dasselbe Bestreben zur Erhaltung und Sicherung des Friedens, derselbe Wunsch, aus der Plattform des internationalen Lebens alle Komplikationen zu beseitigen, die sogar entgegen dem Willen ihrer Schöpfer zur Störung des Friedens beitragen könnten, derselbe Wille, die Entstehung sich gegenseitig feindlicher Gruppierungen zu verhindern, von dem sich wie es scheint, die diplomatischen Arbeiten Englands leiten lassen, belebe auch die Regierung der Republik. Darüber hinaus nimmt die „Gazeta Polska“ an, daß Minister Eden in der politischen Atmosphäre Warschaus gewisse Ähnlichkeiten mit der Atmosphäre des unlängst verlassenen Londons finden wird. Denn das Blatt vertritt die Auffassung,

dass die polnische internationale Politik weit entfernt von jeglicher Nervosität und ohne den Ernst der Lage zu unterdrücken, gemäßigt, mit Vernunft und Entschlossenheit zu handeln bereit sei.

Eine Ruhe und Nachsicht ständen der Außenpolitik Englands und Polens nahe, nicht allein soweit es sich um die Ziele, sondern auch soweit es sich um die Methoden handelt.

Zum Schluß wird hervorgehoben, daß Polen selbst sich mit Erfolg bemüht habe, einen möglichst dauernden Frieden in dem Teil Europas sicher zu stellen, in dem es sich befindet. Polen sei aber sehr interessiert an allen aufrichtigen Bestrebungen zu einem aufrichtigen System des internationalen Zusammenlebens, von der Voraussetzung ausgehend, daß die Abkommen und Traktate, die Polen seit 1918 bis 1935 abgeschlossen hat, einen wertvollen und unantastbaren Bestandteil in jedem allgemeinen System bilden würden.

Auf die einfachste Formel gebracht, ist also der Standpunkt Polens: Was an Polen lag, hat es durch den Abschluß der Nichtangriffspakte mit Deutschland und Sowjetrussland — für den Frieden in Nordosteuropa bereits alles getan. Polen wird sich einem neuen System nur unter der Bedingung anschließen,

dass dieses System allgemein sei und sich nicht aus einer Gegenüberstellung von zwei feindlichen Gruppierungen aufbause.

Diesen Gedanken drückt der „Kurjer Poznański“ folgendermaßen aus: „Der polnisch-sowjetrussische und der polnisch-deutsche Nichtangriffspakt bilden zwei Glieder eines Fundaments auf das sich die Stabilisierung der politischen Situation in diesem Teile der alten Welt stützt. Dies ist eine Einfügung die Polen in die internationale Situation gemacht hat und welche als sehr wertvoll erscheint und konserviert zu werden verdient. Damit ist gesagt, daß Polen jede Mitwirkung in dieser Materie annehmen, jede dieses

Ziel erstrebende Hilfe mit größter Befriedigung begrüßen wird — jedes System, das besser sein wird, als dasjenige, das Polen durch die eigene Anstrengung, in unmittelbarer Verständigung mit den Nachbarn, erlangt hat.

Doch nur ein besseres.

D. h. ein System, welches das erreichte Gleichgewicht stärken, es aber nicht dem Risiko des Zusammenbruchs aussehen wird.

Der leitende Idee derselben von maßgebender Seite ergangene Inspiration folgend, schreibt der konservative „Czas“ unter anderem:

„Keine Deklamationen über die Sicherheit und große Bündnisse können in den Augen der politischen Politik die Tatsache verdunkeln, daß unser Staat in der Mitte zwischen zwei mit einander wetteifernden Mächten, zwischen Russland und Deutschland liegt, während die westlichen Mächte auf der Peripherie der strittigen Zone liegen.“

Jede Politik, die zur Belebung des Zusammenschlusses zwischen Russland und Deutschland führt, ist unter diesen Umständen eine für Polen unannehbare Politik,

weil dieser Zusammenschluß nur auf unsere, in dieser oder jener Form ausgedrückte Kosten erfolgen könnte. Wir

haben nicht die Absicht, zwischen Mühlensteinen zu geraten oder für fremde Interessen zu kämpfen, ob dies die östlichen Träume Deutschlands oder die eurasischen Politik Russlands sein wird. Unsere Lage ist schwierig, doch um so wichtiger sind die Bestrebungen Polens, die auf die Vermeidung gewagter Lösungen abzielen.“

Ganz anders sind die Gedankengänge, die sich in der Oppositionspresse vorfinden. In verschiedenen Artikeln wird dem Publikum suggeriert, daß man ganz sicher sein könne, zermalmt zu werden, wenn man wider Hamer noch Amboss sein will. So z. B. schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Wieczór Warszawski“, daß die Diskussion darüber, ob bilaterale oder mehrseitige Pakte besser wären, nicht mehr aktuell sei. Ein Nordostpakt werde unzweifelhaft zustande kommen, „mit Deutschland oder ohne Deutschland und, was uns mehr interessiert, mit Polen oder ohne Polen.“ Ein Ostpakt — heißt es zum Schluß — könne, auch wenn er Mängel aufweise, „ein geringeres Übel sein, als das Verbleiben in der Vereinsamung unter vier Augen mit Deutschland, das vom Westen, Süden und sogar vom Osten abgeschnitten, der Möglichkeit der Verwirklichung seiner großen Pläne beraubt wäre und gierig auf die Länder blickte, die in den Besitz Polens gelangt sind.“ .

Lord Eden bei Marschall Piłsudski.

Der erste Tag des Warschauer Aufenthalts.

Warschau, 3. April.

Vordiegelbewahrer Eden begann sein Warschauer Besuchsprogramm am Dienstag mit einem Besuch im Belvedere, wo er sich in das Gästebuch eintrug. Von dort fuhr Eden zum Ministerium, wo er seine Karte beim Ministerpräsidenten Śleszyński abgab. Um 10½ Uhr kam Eden in die Privatzimmer des Außenministers Beck im „Alten Palast“, wo die Konferenz ihren Anfang nahm. Auf polnischer Seite nahmen an den Verhandlungen teil: Außenminister Beck, der polnische Geschäftsträger in London Graf Potocki und der Staatssekretär des Auswärtigen Debicki. Auf englischer Seite verhandelten Eden, Botschaftsrat Avaning in Vertretung des erkrankten Geschäftsträgers in Warschau Sir Edward William Kennard und die drei Kollegen Edens, die ihn auch schon nach Moskau begleitet hatten. Die ersten Besprechungen dauerten bis 12½ Uhr.

Den Höhepunkt der Konferenzen bildete das hoch bedeutende Gespräch im Belvedere, wo Marschall Piłsudski den hohen englischen Gast in den Nachmittagsstunden empfing.

Wie „Exchange Telegraph“ aus Warschau meldet, soll sowohl in den Kreisen der englischen Delegation als auch des polnischen Außenministeriums eine sehr optimistische Stimmung herrschen. Lordiegelbewahrer Eden habe den Außenminister Beck über die Einzelheiten seiner Moskauer Besprechungen unterrichtet. Im Anschluß hieran habe man über die Vorbehalte gesprochen, die Polen zur Bedingung für seine Teilnahme an dem Ostpakt machen würde.

Reuter will wissen, daß dem Lordiegelbewahrer Eden ein Plan vorgelegt worden sei, der die Annahme des Ostpaktes durch Polen erlauben werde, ohne Deutschland einen Grund zum Widerspruch zu geben.

Unter den Vorbehalten nennt eine Pariser Reuter-Meldung die Möglichkeit, daß Polen lediglich das Überfliegen seines Gebiets durch die Unterzeichnungsmächte des Ostpaktes gestatten würde. Anderen Waffengattungen dagegen soll das Überqueren der polnischen Grenze verboten werden.

Die Unterredung des Lordiegelbewahrers Eden mit Marschall Piłsudski, an welcher der Geschäftsträger Avaning und der Abteilungschef im englischen Außenministerium Strang, ferner Außenminister Beck und der Botschafter des Auswärtigen Graf Szembek teilnahmen, dauerte mehr als eine Stunde.

Das Diner zu Ehren Edens.

Das gestrige Tagesprogramm fand seinen Abschluß mit einem Diner, das der Außenminister Józef Beck zu Ehren des britischen Gastes gab. Bei dieser Gelegenheit hielt

Außenminister Beck

eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Herr Minister! Als ich unlängst die alten Dokumente über die polnisch-englischen Beziehungen durchblätterte, fand ich ein Schreiben des Königs Zygmunta Augusta von Polen an die Königin Elisabeth von England vom 3. März 1568, in dem der König von Polen versicherte, daß die Untertanen der Königin in allen ihm unterstellten Häfen ebenso gut behandelt werden würden wie die polnischen Untertanen. Dieses Schreiben beweist, daß die englisch-polnische Freundschaft nicht von heute datiert. Ich bin daher glücklich, die Freude feststellen zu können, mit der wir Sie, Herr Minister, in Warschau empfangen, da wir in unseren Besprechungen einen konkreten Beweis der Annäherung und der ständigen Vertiefung der gegenwärtigen freundschaftlichen und für uns so wertvollen Beziehungen erblicken.

Die ganze polnische Öffentlichkeit verfolgt mit lebhaftem Interesse die Anstrengungen der Englischen Regierung, den besten Weg für die Gründung der internationalen Beziehungen zu finden und den für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten so notwendigen Faktor des Vertrauens zu stärken. Von unserer Seite kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir diese Bemühungen in vollem Umfang schätzen und darin zusammenarbeiten wollen, da wir uns über die Werke sowohl jeglicher Arbeit an der Festigung der nachbarlichen Beziehungen, als auch der aufrichtig erfaßten internationalen Zusammenarbeit für den internationalen Frieden klar sind. Mein Wunsch ist es, Ihrer Regierung die Beurteilung der praktischen Möglichkeiten zu erleichtern. Ich habe die Hoffnung, daß der der englischen Diplomatie eigene traditionelle Sinn für die Wirklichkeit und Objektivität, andererseits

der aufrichtige und ehrhafte Charakter des Gedanken austausches, den wir hente früh begonnen haben, wenn auch in bescheidenem Maße, zur Erreichung dieses Ziels beitragen wird.

Es sei mir schließlich gestattet, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß in dem Gesamtkomplex der politischen Bedingungen in Europa die Beziehungen zwischen unseren Ländern, im Einklang mit den Bestrebungen unserer Völker, unverändert freundlich bleiben werden, die bestehen sind von ähnlichen Instinkten des guten Willens gegenüber den anderen.

Die Ansprache schloß mit einem Hoch auf König George V. und auf das Wohl des britischen Volkes sowie des Ministers.

Auf diese Ansprache antwortete

Lordiegelbewahrer Eden

zunächst mit Worten des Dankes für die freundliche Begrüßung und fuhr fort:

Die Regierung Englands war besonders befriedigt, als sie die Einladung des britischen Ministers nach Warschau erhielt. Ich hoffe, daß der gegenwärtige Zyklus der informatorischen Besprechungen, die bis jetzt in Paris, Berlin und Moskau geführt worden sind, und die morgen in Warschau und am Donnerstag in Prag ihren Abschluß finden, einen wirklichen Wert haben und die gegenwärtige europäische Lage aufklären wird. Wir in England legten stets der persönlichen Verständigung und dem direkten Kontakt zwischen den Staatsmännern ein großes Gewicht bei, die für die Außenpolitik der Großmächte verantwortlich sind.

Aber wenigstens wir auch in Genf zusammengekommen sind, sind die Gelegenheiten, bei denen die Vertreter unserer beiden Länder persönlich in unseren Hauptstädten Fühlung nehmen können, aus rein geographischen Rücksichten ziemlich beschränkt.

Die Politik unserer beiden Länder stützt sich auf dem Grundzak der kollektiven Sicherheit und auf den Völkerbund.

Ich glaube, daß die freundschaftlichen Besprechungen, die ich heute mit Ihnen, Herr Minister, und mit Marschall Piłsudski hatte, die größte Bedeutung haben, und eine bessere Beurteilung der Rolle gestatten werden, die einem jeden unserer Länder an dem großen Werk der internationalen Organisation des Friedens zufällt.

Mit einem Hoch auf den Präsidenten der Republik, auf Marschall Piłsudski und auf das Wohl des polnischen Volkes sowie des Ministers Beck und seiner Gattin schloß Eden seine Ansprache.

Polens Abneigung gegen den Ostpakt.

Feststellung der "Times".

London, 3. April. (Eigene Meldung.) Der Sonderkorrespondent der "Times" in Warschau besaß sich besonders mit der Unterredung zwischen Eden und Marschall Piłsudski, dem einzigen Mann, der endgültige Entscheidungen treffen kann. Die Hauptfrage Edens sei gewesen, welche Haltung Polen gegenüber dem Ostpakt einnehme. Wie im Moskauer Communiqué festgestellt wurde, bilde dieser Pakt noch immer einen wesentlichen Teil der von Großbritannien befürworteten Vorschläge für die Sicherung des Friedens in Europa.

Wie glaubwürdig berichtet werde, könne Marschall Piłsudski nur die entschiedene Begeisterung Polens wiederholen haben, sich an einem Pakt zum mindesten in seiner jetzigen Form zu beteiligen. Die Aussichten für den Ostpakt seien daher nicht gut.

Eine Änderung in der Haltung Polens werde für bei nahe unmöglich betrachtet. Die einzige Möglichkeit einer Änderung würde vielleicht der Besuch Laval's bieten. Es scheint somit, daß die Organisierung des europäischen Friedens im Osten wie im Westen durch die in der englisch-französischen Erklärung vorgeschlagenen Methoden nicht zustande gebracht werden können.

In Marschall Piłsudski, dessen Leben dem Kampf für die polnische Unabhängigkeit gegolten habe, sei die Furcht Polens vor einer neuen Teilung lebendig verkörpert. Eine freie Volksabstimmung würde für ihn nach Ansicht urteilsfähiger Leute eine überwältigende Vertrauenskundgebung bringen.

Der Korrespondent stellt ferner fest, daß der Ostpakt Polen nicht sehr viel mehr an Sicherheit bieten könne, als es schon besitzt. Er verspreche Polen zwar die Unterstützung der Baltischen Staaten und der Tschechoslowakei. In Polen erinnere man sich aber noch sehr lebhaft daran, daß im Jahre 1920 während des Krieges mit der Sowjetunion die Tschechen Polen die Waffenhilfe versagt haben.

Vor etwas mehr als einem Jahre sei die Bevölkerung von Westpolen noch tief beunruhigt gewesen, weil man an die Gefahr einer deutschen Invasion glaubte. Der deutsch-polnische Pakt habe diese Befürchtungen beseitigt. Aus diesem Grunde sei er völkstümlich. Nachdem es so viel erreicht habe, wolle Polen jetzt nichts tun, um zu Deutschland in Gegensatz zu treten.

In seiner jetzigen Gestalt werde Polen den Ostpakt bestimmt nicht annehmen. Es erhebe nicht so sehr Einwände gegen die Verpflichtung, gegen einen Angreifer automatisch Wehrstand zu leisten oder zu erhalten, als gegen eine Störung der Sicherheit, die Polen durch seine eigenen Bemühungen sich geschaffen habe.

Laval nach Warschau eingeladen.

Außenminister Laval wird auf seiner Reise nach Moskau auch einen offiziellen Besuch in Warschau machen. Die Einladung der polnischen Regierung brachte am Dienstag in der ersten Nachmittagsstunde der Pariser polnische Botschafter Chlapowski persönlich ins Auswärtige Amt. Laval bat Chlapowski, der polnischen Regierung seinen Dank und die Mitteilung zu übermitteln, daß er die Einladung annahme.

Wollte Eden den Ostpakt anbieten?

"Le Jour" will im Zusammenhang mit den Unterredungen Edens in Warschau aus sicherster Quelle erfahren haben,

dass Eden am Dienstag morgen mit der festen Absicht ins polnische Außenministerium gegangen sei, als Grundlage für ein Kompromißabkommen den in London ausgearbeiteten Ostpakt anzubieten. Bei seiner Unterredung mit dem polnischen Außenminister habe er aber die Überzeugung gewonnen, daß ein solcher Vorschlag von vornherein zum Misserfolg verurteilt sei. Er habe deshalb von dem Vorschlag Abstand genommen.

Kein Interview!

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die ausländischen Korrespondenten, welche ihren ständigen Sitz in Warschau haben, wandten sich an Lord Eden mit Bitten um Erteilung eines Interviews. Sämtliche diesbezüglichen Bitten blieben unberücksichtigt. Die hiesigen einheimischen Journalisten und Auslandskorrespondenten sind vorderhand darauf angewiesen, die englischen und französischen Kollegen von der "großen Welt-Presse", welche mit dem englischen Minister "mitreisen" — zu belagern. Aus dieser Quelle stammende Orientierungen können indessen für den einheimischen Journalisten nur als "Stimmungshintergrund" und eigentlich nur für den Privatgebrauch von Nutzen sein. Erst die Zusammenstellung des "Gehörten" mit dem offiziellen wortlängen Communiqué kann eine Grundlage für publizistische Erörterungen schaffen. Wirkliche Informationen sind aber kaum anders, als auf dem Umweg über das Ausland, nach dem Eintreffen genauerer Meldungen aus London und Paris — zu erwarten.

Vertrauen für Flandin.

Paris, 3. April. (DNB) In der Kammer stellte Ministerpräsident Flandin am Dienstag in einer Rede die Vertrauensfrage, in der er daran erinnerte, daß Deutschland sich ein Luftheer geschaffen und die Wehrpflicht wieder eingeführt habe. Beides bilde eine einseitige und unbestreitbare Verleugnung des Versailler Vertrages und der Völkerbundsoziationen. Da Frankreich nicht zulassen könne, daß ein bestehendes Recht verletzt werde, habe die französische Regierung beschlossen, den Völkerbund anzurufen. Der Völkerbundrat werde am 15. April zusammentreten und die französische Regierung bedürfe des breitesten Vertrauens, um in Genf das ganze französische Volk zu vertreten. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland werde ergänzt durch andere Maßnahmen die nicht weniger schwerwiegend seien, wie die Bildung des Arbeitsdienstes und die Schaffung des Luftheeres, das von einer großen Luftschutzorganisation unterstützt werde.

Gegenüber einer solchen Armee müsse Frankreich seine Sicherheit durch militärische Maßnahmen und durch Militärabkommen mit den in gleichem Sinne am Frieden interessierten Völkern organisieren. Zum Schluß bat der Ministerpräsident die Kammer, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, damit der Außenminister am 11. April in Stresa, am 15. April in Genf und am 20. April in Moskau mit der notwendigen Autorität Frankreich vertreten könne. Wenn aus irgendwelchen Gründen kein Vertrauen zur Regierung mehr vorhanden sei, müsse man es gleich sagen. Er verlange ein vollständiges Vertrauensvotum oder einen vollständigen Bruch.

Die Kammer sprach schließlich mit 410 gegen 134 Stimmen der Regierung Flandin das Vertrauen aus und vertrug sich dann bis zum 28. Mai.

Das Wehrgeiß eine moralische und materielle Angelegenheit. Eine Rede des Stellvertreters des Führers.

Aus Anlaß der demnächst in ganz Deutschland stattfindenden Vertrauensratswahl hielt am Dienstag vormittag in München der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, eine über alle deutschen Sender verbreitete Rede, in der er u. a. auch über die gesichtliche Bedeutung des 16. März 1935 sprach.

"Seit dem 16. März 1935", so sagte er, ist

Deutschland wieder ein freies Volk,

von dem die Welt weiß, daß seine Freiheit nicht mehr angetastet werden kann, ohne daß es sich dagegen leidenschaftlich zur Wehr setzt. Der Wiederaufbau des Heeres ist nicht nur eine moralische Angelegenheit — er ist auch eine durchaus materielle Angelegenheit. Denn auch die materiellen Güter eines Volkes, die Wirtschaft, welche die Güter hervorbringt, bedürfen des Schutzes. Wir haben es alle erlebt, welches die Folgen waren, als wir uns nach dem Zusammenbruch 1918 nicht mehr wehren konnten gegen die Expressions anderer Völker. Es waren die Produkte der Arbeit unseres Volkes, es waren die Güter, die das Volk nur zu gut hätte gebrauchen können, die es zwangsläufig abstefern mußte.

Die damalige Wirtschaftskatastrophe als Folge der Reparationsverpflichtungen hätte das furchtbare Ausmaß nie angenommen, die Gegner hätten die wirtschaftlich irrsinnigen Forderungen nie gestellt, wenn sie mit der Möglichkeit einer deutschen Gegenwehr hätten rechnen müssen.

Hätte damals eine wirkliche deutsche Wehrmacht bestanden, so wäre Deutschland und der Welt das ganze Unglück, welches die Wirtschaftskatastrophe nach sich zog, wenn nicht erspart geblieben, so daß verringert worden.

"Abgesehen vom Schutz, den die neuerrichtete Wehrmacht bedeutet", so führte Rudolf Hess weiter aus, "hat ihr Wiederaufbau große direkte und indirekte Wirkungen im Gefolge. Das Vertrauen, welches die aufsteigende Wirtschaft in sich birgt, wird nämlich durch die Überzeugung der Welt, daß nicht wieder willkürlich ein Staat, dem es gefällt, bei uns einzurücken, diese Wirtschaft zerstören kann, derart gestärkt, daß neuerdings die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten gefördert werden. Auch dadurch ergeben sich die Voraussetzungen für weitere Arbeit in Deutschland und damit für die allmähliche Besserung des Wohlergehens der Gesamtheit und des einzelnen."

Und mehr noch als dies. Das Herausziehen der Jährigen von Jungen schafft Arbeitsplätze für Ältere. Die Herstellung der Waffen für die neue Armee gibt weiteren deutschen Volksgenossen in großer Zahl Arbeit und Bro. Insgesamt kann die deutsche Wirtschaft wie die Volkswirt-

schaft aller großen Nationen wieder mit einer Armee und ihrem Bedarf rechnen. Die deutsche Wirtschaft gleicht sich auch hierin wieder mehr den Wirtschaften der anderen Völker an, und dies kann nur der Wirtschaftsförderung der Welt dienlich sein. "Ich weiß, daß ihr alle stolz seid auf das neue Volksheer!" rief der Stellvertreter des Führers seinen Volksgenossen in den Betrieben zu. "Ich weiß, daß die alten Soldaten unter euch noch gern zurückdenken an die Dienstzeit, und daß ihr euch freut, wenn eure Söhne in der Armee wieder zu Männern erzogen werden.

Und ihr seid um so mehr stolz auf die neue Armee, als ihr die Gewissheit habt,

dass diese wirklich ein Volksheer im besten Sinne sein wird.

Die neue deutsche Armee ist von nationalsozialistischem Geist durchdrungen und frei von allem, was vielleicht im alten Heer noch im Biderwunsch stand mit dem Grundsatz, daß es gerade für Soldaten keinelei Sonderrechte auf Grund von Geld, Leistungsberechtigung und totem Schulwissen gibt. Das neue Heer kennt keine Einjährig-Freiwilligen mehr. Führer kann in ihm werden, wer das Zeug zum wirklichen Führer in sich trägt. Es ist das Heer des deutschen Volkes und das Heer für das deutsche Volk. Es wird Deutschland wieder schützen, seine Menschen und ihre Habe, und es wird nicht zuletzt die Städte schützen, in denen ihr eure Arbeit findet. Das deutsche Volksheer

hat keine imperialistische Aufgabe,

es dient dem Frieden der Deutschen."

"Unter dem Schutz unseres neuen Heeres", so schloss Rudolf Hess seine Ansprache an die deutschen Arbeiter, "wollen wir weiter gemeinsam arbeiten und schaffen in treuer Pflichterfüllung jeder an der Stelle, die ihm vom Schicksal zugewiesen ist. In dem glücklichen Bewußtsein, eine bessere Zukunft unseren Kindern zu schaffen, wollen wir zusammenstehen in gemeinsamem Stolz auf den Führer, der uns zusammenbrachte, der unserer Arbeit wieder einen Sinn gab — der in seinem Werdegang symbolisch den Hand- und Geistesarbeiter, den Untergebenen von einst und den Führer des ganzen Volkes von heute vereint.

Unter seiner Führung tun wir unsere Arbeit weiter, auf daß auch unser Volk und Vaterland weiter geführt und wir Kindern und Kindeskindern eine Heimat schaffen, in der es ihnen besser geht als vielen ihrer Väter und auf die sie von Herzen stolz sein können. Wir werden weiter schaffen unter der Führung des Mannes, der uns bisher so erfolgreich geführt hat, unter der Führung des ersten Soldaten und des ersten Arbeiters Deutschlands: Adolf Hitler!"



Ein Reich — ein Recht.

Großer Staatsakt zu Ehren der Reichsjustiz.

Berlin, 3. April. (DNB) Der entscheidende Schritt, den die Nationalsozialistische Regierung durch die Übernahme des gesunkenen Rechtsstaates für das Reich auf dem Wege zum Einheitsstaat getan hat, wurde am Dienstag nachmittag durch einen großen Staatsakt im Staatslichen Opernhaus begangen. Die Veranstaltung wurde in einem außergewöhnlich glanzvollen Rahmen ab. Der Führer und Reichskanzler wohnte dem Festakt bei.

In den Logen und vier Rängen hatten die Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, der hohen Parteistellen, der SA, der SS, des Arbeitsdienstes, der Reichswehr, Marine- und Polizei Platz genommen, und das ganze Parkett war von Trägern der roten und schwarzen Armbinden angefüllt. Punkt 3 Uhr erschien der Kanzler in der Mittelloge. In demselben Augenblick begann das Orchester der Staatsoper die Akademische Festouvertüre von Brahms zu spielen.

Die Reihe der Ansprachen eröffnete Ministerpräsident General Göring, sodann sprachen Reichsjustizminister Dr. Görtner und Innenminister Dr. Frick, der betonte, der Grundsatz, daß die Verwaltung des Staates eine Einheit bildet, sei eines der wichtigsten organisatorischen Gesetze, das für jedes geordnete Staatswesen, und ganz für den Nationalsozialistischen Staat gilt, für den sich dieser Grundsatz zwangsläufig aus dem Führergedanken ergibt.

Dr. Frick schloß seine Rede mit einem Sieg-Heil auf den Führer, und das Orchester spielte das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, das die Teilnehmer an der Kundgebung mitsangen.

Republik Polen.

Freispruch.

Der deutsche Wanderlehrer Georg Köhler war von der Staroste in Wongrowitz im Dezember v. J. zu 200 St. Geldstrafe verurteilt worden, weil er ohne Erlaubnis des Kuratoriums deutschen Unterricht in den Elternhäusern auf dem Lande erteilt haben sollte.

In der am Donnerstag, dem 28. März 1935, stattgefundenen Verhandlung von dem Landgericht in Gnesen wurde Volksgenosse Köhler freigesprochen, da ihm ein illegaler Unterricht nicht nachgewiesen werden konnte.

Der deutschen Schule die Treue!

Auf Verlangen des polnischen Schulleiters der staatlichen Schule in Ulenhof (Ulanowo), Kreis Gnesen, mußte die Lehrerin der deutschen Abteilung eine Elternversammlung einberufen, um auf dieser die Eltern aufzufordern, ihre Kinder aus der deutschen Abteilung herauszunehmen und sie für die polnische Klasse anzumelden. Auf der Versammlung, in der die Lehrerin die gewünschte Rede in Gegenwart des polnischen Schulleiters hielt, bekannten sich bei der Abstimmung sämtliche Eltern — wie nicht anders zu erwarten war — dafür, ihre Kinder auch weiterhin in die deutsche Klasse zu schicken.

Alleine Rundschau.

Bracia Adamowicz — Ozeanflug und Schwarzbrennerei en gros.

Wie die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur aus New York mitteilt, wurden die Brüder Adamowicz, die seinerzeit einen Ozeanflug von Amerika nach Polen unternommen hatten, wegen unerlaubter Herstellung von Spirituosen auf ihrer Besitzung in Brooklyn zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schmeling — Paolino.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wird Schmeling am 30. Juni gegen den Spanier Paolino kämpfen.

Explosion in einer italienischen Dynamit-Fabrik.

In dem Laboratorium für Schießbaumwolle der Dynamit-Nobel-Gesellschaft von Avigliana bei Turin ereignete sich ein schweres Unglück. Sieben Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt. Durch den ungeheuren Luftdruck wurden alle Fensterscheiben im Umkreis von 100 Meter zertrümmert.

Nene Sandstürme

in den mittleren Südstaaten von Amerika.

Die Staaten Arkansas, Texas und Mississippi wurden erneut von Sandstürmen heimgesucht. Vier Personen wurden getötet und eine größere Anzahl verletzt.

Der Schnellzug Brünn — Prag verunglückt.

In der Nähe von Pardubitz entgleiste am Sonntag abend der Schnellzug Brünn — Prag. Der Heizer der Lokomotive wurde getötet, von dem Zugpersonal wurde eine Person schwer und zwei andere leicht verletzt. Drei Angehörige des Speisewagens und sechs Reisende trugen leichte Verletzungen davon.

Wasserstand der Weichsel vom 3. April 1935.

Atrakau — 1,43 (- 1,76), Jawischow + 1,88 (+ 1,92) Warschau + 2,05 (+ 2,06), Błock + 0,71 (+ 1,92), Thorn 2,33 (+ 2,38), Norden + 2,33 (+ 2,40), Culm + 2,15 (+ 2,24), Graudenz + 2,48 (+ 2,52), Kurzbrzez + 2,65 (+ 2,75), Biebel + 2,24 (+ 2,33), Dirszau + 2,42 (+ 2,50), Einlage + 2,60 (+ 2,66), Schiewenhorst + 2,62 (+ 2,68). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Winterhilfe — Rothilfe.

Von Pfarrer Eichstädt, Bromberg.

Der kalte Winter ist vorüber. Tausende von Volksgenossen atmen erleichtert auf, weil nun wenigstens die Sorge für die Brennung fortfällt. Mancher, der ein Gärtnchen hat, bestellt es in der Hoffnung, daß er daraus seine fällige Verpflegung aufbessern kann. Das Baugewerbe, Geschäfte, die mit der Sommersaison rechnen, stellen neue Arbeiter ein, so daß die Zahl der Arbeitslosen auch in der Stadt sinkt. Auf dem Lande entlastet die Frühjahrsbeschaffung den Arbeitsmarkt. Alles das sind Gründe, die z. B. das Reich veranlassen, das Winterhilfswerk abzuschließen.

Wie steht es damit bei uns? Gewiß werden wir in Stadt und Land auch eine Entlastung spüren. Wir wollen aber nicht vergessen, daß unsere Deutsche Rothilfe mit ganz anderen Verhältnissen rechnet als drüben das Reich. Bei uns sind es vor allem die Arbeitsfähigen, die Alten, Siechen und Kranken, die von der Rothilfe betreut werden. Die Zahl der Arbeitslosen macht aufs Ganze gesehen nur einen kleinen Prozentsatz aus. Bangen Herzens kommen die Alten zu uns und fragen, was soll nun im Sommer aus uns werden? Wer hilft uns unsere Mieten aufzuringen? Wer hilft die Volksteuer tragen? Wer reicht uns das zum Lebensunterhalt Notwendige? Solche Fragen werden gewiß auch drüben im Reich gestellt. Vergessen wir aber nicht, daß alle diese Leute im Sommerhalbjahr von der N. S. Volkswohlfahrt übernommen und versorgt werden. Gewiß helfen auch bei uns die staatlichen und kommunalen Stellen nach Maßgabe ihrer Kräfte, doch reicht das nicht.

Wir müssen daher die Deutsche Rothilfe das ganze Jahr hindurch weitergehen lassen. Allerdings sind wir nicht in der Lage, aus unsern Mitglieder-Beiträgen Unterstützungen in der gleichen Höhe wie im Winterhalbjahr zu zahlen. Auf dem Lande werden wir kaum mehr als 50 Prozent, in den Städten 75 Prozent der Gesamtsumme auszahlen können. Das liegt daran, daß unsere Landwirte ihren Beitrag in natura im Herbst für das ganze Jahr gezahlt haben, die Stadtbevölkerung meistens monatlich zahlt. Die so aufkommenden Beiträge wurden zum größten Teil im Winterhalbjahr aufgebracht. Das war nicht unachtsame Rechnung, sondern Absicht, weil die Not im Winter als besonders drückend empfunden wird. Das, was uns geblieben ist, nötigt uns, Einschränkungen einzutreten zu lassen.

Wir rechnen damit, daß die Stadtbevölkerung, die monatliche Zahlungen leistet, nicht unmöglich wird und weiterhin uns die Treue hält. Ihre Beiträge werden dazu mitihelfen, daß wir oben genannte Zahlungen an unsere Notleidenden durchführen können. Größere Ausfälle würden uns nötigen, noch weniger zur Auszahlung zu bringen. Der Führer sagte mit Recht im Hinblick auf die Winterhilfe, daß es selbstverständliche Pflicht eines Kindes ist, für die alten Eltern zu sorgen. Genau so ist es Pflicht der Volksfamilie, sich der Alten anzunehmen, die nicht mehr arbeiten können. Wir werden uns alle daran gewöhnen müssen, daß wir als Deutsche im Ausland noch größere Opfer bringen müssen als unsere Volksgenossen in Deutschland.

Mit Zuversicht können wir in das Sommerhalbjahr hineingehen; denn die Erfahrungen des Winterhalbjahres haben uns gezeigt, welche wunderbare Kraft in unserer Volksgruppe steckt. Gerade in der Unspannung zu gemeinsamem Opfer hat sich der Volkswill gefärbt. Mancher ist zu uns gekommen und hat bekannt, daß er selbst an solch eine Gebefreudigkeit nicht geglaubt habe. Auch bei dieser Gelegenheit hat sich gezeigt, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Für viele unter uns ist es heilsam gewesen, daß sie erkannten, was Volksgemeinschaft eigentlich in der Praxis bedeutet. Wir sind überzeugt, daß wir durch gemeinsame Tat im kommenden Winter, wenn die Landbevölkerung wieder zur Beitragszahlung aufgerufen wird, trotz der Wirtschaftsnott noch größeres Leisten werden als im vergangenen Jahre.

Das Osterfest soll uns Gelegenheit geben, eine Osterprobe denen zu geben, die in Bedürftigkeit leben und darum keine fröhlichen Ostern feiern können. Besonders die Jugend wird aufgerufen, fleißig Osterreier zu sammeln. Wenn jemand zufälligerweise keine Eier zu Hause hat, dem wird die Jugend auch gerne ein Pfund Speck, Butter oder Dauerwurst abnehmen. Diese Gaben sollen zunächst für die Armen im eigenen Bezirk verwandt werden. Wir möchten aber gerne Überschüsse erzielen, damit diese unsern karitativen Anstalten zugute kommen. Wir denken an Altersheime, Krüppelheime, Kinderheime usw. Gerade diese Anstalten sind in diesem Jahr durch die Rothilfe schlechter weggekommen als früher, wo sie ihre persönlichen Freunde und Geber hatten. Bei der Osterprobe wollen wir gut machen, was wir bis dahin versäumt haben. Wir wissen, daß gerade Lebensmittel spenden viel Arbeit bereiten, aber junge Kräfte sind erfinderisch und scheuen keine Mühe. Wir sind außerdem nicht zum Feiern da, sondern zum Arbeiten.

Ein persönliches Dankeswort sei bei dieser Gelegenheit all den vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern im Lande gesagt. Dass trotz Parteistreitigkeiten, trotz Verleumdungen alle bei der Stange geblieben sind, ist uns ein Beweis für die Zähigkeit und den guten Willen, der in unserer Volksgruppe steckt. Auch daß unsere Behörden weitgehendstes Verständnis für unsere Arbeit zeigten, sei ihnen an dieser Stelle gedankt.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 3. April.

Veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin veränderliches Wetter mit Schauer- tätigkeit an.

Theologische Prüfungen.

Vor der Theologischen Prüfungskommission des Evangelischen Konsistoriums zu Posen fanden am 25. und 26. März die Theologischen Prüfungen statt. Zum 1. Theologischen Examen hatten sich 10 Kandidaten gemeldet, von denen die Prüfung bestanden die Herren: Wilhelm Börgmann aus Czeluscin, Gerhard Diedrich aus Chorwitz, Fritz Konniewitz aus Pogasen, Helmut Ostermann aus Posen, Paul Nakette aus Lissa, Walter Schau aus Brodno und Artur Welke aus Sompolno. — Die 2. Theologische Prüfung legten ab die Pfarrkandidaten Joachim Kombe aus Posen, Martin Kutz aus Groß-Ellingen, Horst Schulz aus Posen und Gerhard Tieze aus Oliva. Wenige Tage nach ihrer Prüfung, am Sonn-

tag Vatara, dem 31. März, wurde bereits die Ordination der lehrgangenen jungen Geistlichen durch Generalsuperintendent D. Blau vollzogen. Die Ordination fand in der Kreuzkirche in Posen statt. p.z.

§ Der Verkehrsminister in Bromberg. Heute früh um 7,20 Uhr traf Verkehrsminister Ing. Buttke wie mit dem Bismarck Minister Piasek und einer Anzahl höheren Beamten seines Ministeriums in Bromberg ein, um der Eröffnung eines Organisations-Kurses der Eisenbahnwerkstätten, an dem etwa 20 Ingenieure teilnehmen, beizuhören. Noch im Laufe des Vormittags fährt der Minister nach Posen weiter.

§ Die 26. Ausstellung des Deutschen Frauenbundes „Häusliche Kunst“ wurde am Dienstag nachmittag eröffnet. Die begrüßenden und einleitenden Worte sprach Fräulein Schnee. Die diesmalige Gestaltung muß als besonders gelungen bezeichnet werden. Der Saal, freundlich geschmückt, sah schon nach Frühling aus, und vom Frühling sang auch Frau Finger und Herr Sonnenberg. Es folgten zwei Tänze von Fräulein Penner getanzt. Lieder zur Laute und Volkstänze brachte Fräulein Müller mit ihren Mädeln dar. Zu Anfang gab es Volkstänze, die Fräulein Warmbier unseren Kleinsten eingeübt hatte. Mädel in Dirndkleidchen und Kränzen, Buben in Trägerhosen tanzten unbefangen und selbstverständlich. Der Beifall der Großen kam bei allen Darbietungen von Herzen. Bei Kaffee und Kuchen mit Musik konnte man feststellen, was es diesmal wieder alles zu sehen und zu kaufen gibt. Vieles ist gut und hübsch, was in langer, mühevoller Heimarbeit zu dieser Ausstellung fertiggestellt wurde. Wir wünschen nur, daß sich die nette Stimmung des Ganzen auch auf das Geschäftliche überträgt, damit nicht nur die Besucher, sondern auch die Aussteller auf ihre Kosten kommen, was so manchen von ihnen bitter tut.



Bismarck:

Wenige Monate nach der Übernahme des preußischen Ministerpräsidiums schrieb Bismarck in einem Brief an seinen Göttinger Studienfreund Motley (damals amerikanischer Gesandter in Wien):

„Ich bin genötigt, ungewöhnlich abgeschmackte Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker anzuhören und habe dadurch einen Augenblick unfreiwilliger Muße, die ich nicht besser benutzen kann, als indem ich Dir von meinem Wohlbefinden Nachricht gebe.



§ Von ihrem Dienstmädchen bestohlen wurde die hier Wollmarkt (Beltram Rynek) 12 wohnhafte Ester Verst; das Dienstmädchen verschwand unter Mitnahme von sechs Paar Manchester-Beinkleider spurlos.

§ Ein Fahrrad gestohlen wurde dem hier, Kujawierstraße 80, wohnhaften Josef Stefański, als er dieses in der Burgstraße (Grodzka) für einen Augenblick unbeaufsichtigt stehen gelassen hat. Der Fahrraddieb konnte von der Polizei festgenommen werden. Der Geschädigte erhielt das Rad wieder zugestellt. — Dem Frankenstraße (Leszczynski) 8 wohnhaften Richard Bluhm wurde gleichfalls ein Fahrrad aus einem Hausschlüssel gestohlen. — Ein unbekannter Dieb entwendete aus der unverschlossenen Wohnung von Anton Mieluch, Schwedenbergstraße (Ks. Skorupki) 18, aus einem Schrank 80 Zloty in bar. — Josef Stefański, Danzigerstraße 152 wohnhaft, meldete der Polizei, daß ihm aus dem Stall von unbekannten Dieben 6 Hühner gestohlen wurden.

§ Sein Schulzeugnis gefälscht hatte der 21jährige Florjan Drygala aus Wirsitz. Der junge Mann, der die Schule nur bis zur 3. Klasse besucht hatte, „verließ“ sich, durch die Umänderung der Zahl 3 in eine 4, eigenmächtig in eine höhere Klasse. Das auf diese Weise gefälschte Schulzeugnis legte er der Aushebungskommission vor, die die Fälschung bemerkte. D. hatte sich jetzt wegen Dokumentenfälschung vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte bekannte sich vor Gericht zur Schuld und gibt an, daß er die Fälschung deshalb begangen habe, weil ihn seine Freunde ausgelacht hätten, daß er die Schule nur bis zur 3. Klasse besucht habe. Das Gericht verurteilte den D. zu einem Monat Arrest mit zweijährigem Strafaufschub.

§ Zusammengebrochen ist infolge Erschöpfung in der Brückenstraße gestern nachmittag eine 35jährige weibliche Person. Sie wurde durch einen Rettungswagen in das Städtische Krankenhaus gebracht.

§ In einer Schlägerei kam es am Dienstag nachmittag vor dem Starostei-Gebäude. Der Grund schien in einem Streit zu suchen zu sein, denn eine Frau und zwei Bialiisten hielten einen Eisenbahner an, der seine Frau verlassen und sich eine andere Wohnung gemietet hat. Die Frau und ihre Verwandten zwangen den Eisenbahner in seine alte Wohnung zurückzufahren.

§ Wegen falscher Anzeige hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der 56jährige Józef Pawlak aus dem Kreise Bromberg zu verantworten. P. richtete am 18. Dezember v. J. an den Bezirksgerichts-Präsidenten ein Schreiben, in dem er gegen einen Richter in Nakel Beschuldigungen erhob, die geeignet waren, das Ansehen des Richters in der Öffentlichkeit zu schädigen. Der Angeklagte gibt vor Gericht zu, daß er das Schreiben verfaßt habe und die darin gemachten Vorwürfe der Wahrheit entsprechen. Die Vernehmung der Zeugen ergab, daß der Angeklagte eine Zeitlang Bevollmächtigter der Erben des verstorbenen Jan Nowakowski war und von dem Richter infolge vorgekommener verschiedener Unregelmäßigkeiten seines Amtes entlassen wurde. Mit der falschen Anzeige versuchte er sich deshalb an dem Richter zu rächen. Zum Schluß der Beleisungsverurteilung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu zwei Monaten Arrest und zu einer Geldstrafe in Höhe von 300 Zloty.

§ Wegen Hohlerei hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der 21jährige Arbeiter Czeslaw Brandt von hier zu verantworten. Im Mai 1923 erworb er acht Paar Messer und Gabel von einem Unbekannten, die aus Diebstählen herührten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Wochen Arrest mit dreijährigem Strafaufschub.

§ Festgenommen wurden von der Polizei eine Person wegen Diebstahls, eine wegen Hohlerei, eine wegen Trunkenheit, eine wegen Ruhestörung und eine Frauensperson wegen Vergehens gegen die sitzepolizeilichen Vorschriften.

Vom Alter erprobt

von den Jungen gelobt

Sch. 2/4/34.

SCHICHTSEIFE MARKE HIRSCH

§ Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) brachte regen Verkehr. Angebot und Nachfrage hielten einander die Waage. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für Molkereibutter 1,20—1,30, Landbutter 1,10—1,25, Tilsiterkäse 1,30, Weißkäse Stück 0,20—0,25, Eier 0,75—0,90, Weißkohl Pfund 0,20, Rotkohl 0,25, Wirsingkohl 0,20, Zwiebeln 0,08, Mohrrüben Bund 0,15, Suppengemüse 0,10, Radisches 0,20—0,25, Salat Kopf 0,20—0,25, Rote Rüben Pfund 0,10, Apfel 0,40—0,60; Puten 6—7,00, Hühner 2,50—3,50, Tauben Paar 1,20—1,30, Speck Pfund 0,60, Schweinefleisch 0,45—0,60, Kalbfleisch 0,60—0,80, Hammelfleisch 0,50—0,60, Lale 1—1,60, Hichte 0,80—1,10, Schleis 0,80—1,10, Bartsch 0,40—0,80, Bressen 0,30—0,80.

Bvereine, Veranstaltungen

und besondere Nachrichten.

Frühjahrstausstellung „Häusliche Kunst“ Schluß heute, abends 8 Uhr. (S151)

Gäcilienverein. Freitag abend Übungsstunde. Vollzähliges Er- scheinen dringend erwünscht. (S224)

v Argenau (Gnierekowo), 2. April. Ein frecher Diebstahl wurde bei dem Tischlermeister August Grotti an verübt, indem ihm von zwei Haußierern zwei silberne Taschenuhren aus der Küche gestohlen wurden.

Der heutige Jahrmarkt war sehr schwach besucht und beschickt. Kleinervieh durfte wegen Sperrre nicht aufgetrieben werden. Von Pferden sah man im ganzen nur 6 Tiere, die zudem nur von geringer Qualität waren, so daß es kaum zu einem Geschäft kam. Auf dem Krammarkt fehlte es an zahlungsfähigen Käufern. Reichlich anwesend waren aber Leute, die versuchten ihre Mitmenschen durch Glücksspiel um ihre sauer erparten Groschen zu bringen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in der Siegelei in Michalowo, wo beim Lehmbauen ein Arbeiter durch herabstürzende Erdmassen verschüttet wurde. Der Verunglückte erlitt eine Armverrenkung und eine schwere Beinverletzung.

q Gnesen (Gniezno), 2. April. Selbstmord durch Erstickung verübte der Sekretär der Wójtoswo Kiszewo Kreis Gnesen, Sierpowski. Man fand ihn schwer verletzt in seiner Wohnung auf und schaffte ihn in das Gnesener Krankenhaus, wo er nach sechs Stunden seinen Geist aufgab.

Feger brach auf dem Gehöft des Besitzers Wilczynski in Niestrzono aus. Eingeäschert wurden eine Scheune, zwei Schuppen, 15 Wagen Stroh, die Häufel- und Dreschmaschine. Der Schaden beläuft sich auf 5000 Zloty. Wilczynski wurde verhaftet.

Auf der Chaussee Gniezen—Mogilno stiehen in den Abendstunden die Autotaxis von Burzynski und ein beladener Mehlwagen zusammen. Der Autolenker wurde schwer verletzt, die Passagiere fanden mit heiler Haut davon.

y Szczecin (Szczecin), 1. April. Dem Pächter Hermann von hier wurden die Wagenräder in einer der letzten Nächte vom Wagen, der auf dem Hof stand, abgeschrägt und gestohlen.

Ein offensichtlich geistesgekrüppelter Mann erschreckt seit Wochen die Gründer Kinder. Halb nackt und abgerissen kreuzt er mehrfach den Schulweg. Vor einigen Tagen hielt er einen Jungen an und leerte ihm die Taschen aus. Polizei unternahm nun eine ergebnislos verlaufene Streife, um den Kranken in Sicherheit zu bringen.

Dienstag in der Nacht wurde dem Gastwirt Lange aus Johanniswalde ein Schwein gestohlen. Die hiesige Polizei konnte nun dem vor einigen Wochen aus dem Gefängnis entlassenen Arbeiter Adolf Hoffmann aus Grünewalde den Diebstahl nachweisen und verhaftete ihn.

z Nowocin, 3. April. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag eingereicht, wonach dem Marschall Pilsudski die Ehrenbürgerschaft der Stadt Nowocin angeboten werden soll. Im Anschluß daran folgten die Wahlen für die Revisionskommissionen der Kommunalen Sparkasse, Budgetkommission und für den Posener Kreistag des Kommunalen Kredit-Verbandes. Danach wurde über das Statut der Hundesteuer berichtet, das nach einigen Verbesserungen wie folgt festgelegt wurde: Von der Steuer befreit sind Hunde unter acht Wochen, ein Kettenhund zur Bewachung einer Wirtschaft, zwei Kettenhunde zur Bewachung einer Landwirtschaft, für alle anderen Hunde sind 5—60 Zloty Steuer zu zahlen. Zum Schluß wurde der Antrag bei Übernahme der städtischen Bibliothek in den Besitz der Stadt der Rechts- und Finanzkommission zur Prüfung überwiesen.

o Pudewitz (Pobiedziska), 2. April. Während der vorigen Nacht wurde auf dem Dominium Padarzewo hiesigen Kreises in die Mauer des Schweinestalles von der Feldseite ein großes Loch gestemmt und drei fette Schweine von zirka 275 Pfund Gewicht gestohlen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruze; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Die glückliche Geburt ihres Töchterchen Christine zeigen hoherfreut an

Richard Schreiber und Frau Hildegard geb. Erxleben.

Plawin, den 1. April 1935.

1306

Statt besonderer Anzeige.

Plötzlich und unerwartet entzog mir der unerbittliche Tod am 1. April, abends 8^{1/2} Uhr, meinen guten, unerlässlichen Mann, unsern lieben Bruder, Schwager und Onkel, den

Kreisommunal- und Sparkassen-Rendanten i. R.

Max Niż

im 70. Lebensjahr.

In tiefer Trauer

Maria Niż geb. Janke.

Bromberg, den 2. April 1935.

Bydgoszcz, Wileńska 3.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 6. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach Gottes Ratschluß verließ sonst heute nacht 1 Uhr meine liebe Frau, meine liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Emma Roß

geb. Friedrich

1312

In tiefer Trauer

Heinrich Roß
Anni Tesmer geb. Roß
Erich Tesmer und 8 Enkel.

Gruczno, den 3. April 1935.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 7. April, um 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause aus statt.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer Schwester, Frau Toni Brandes, sagen wir auf diesem Wege unsern

tiefempfundenen Dank.

Elli Brandes geb. John, Offleben
Hermann John, Rostock. 3207



Abendmahlshostien

mit Kruzifix

A. Dittmann T. z.
o. p.
Marsz. Focha 6. — Tel. 3061.

Die Verlobung

mit Herrn Hugo Wedell
aus Kolento, powiat Chelmo, ist
1307 nicht aufgehoben

Hedwig Heise.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg, Distretion zu-

gesichert,

Danek, Dworcowa 66.

3207

Dregerische Private Roed.-Vollschule

7-II. mit deutscher Unterrichtssprache)

Bydgoszcz, ul. Petersena 1.

Nach behördlicher Anordnung

müssen die Anmeldungen für das

nächste Schuljahr für alle Klassen

bis spätestens Montag, dem 8. April

geschehen.

3180

Die vorläufigen Einschreibungen erfolgen wochentäglich von 12-13 Uhr im Amtszimmer des Leiters. Vorzulegen: 1. Bei Schulanfängern Bescheinigung darüber, daß das Kind bei der Leitung der öffentlichen deutschen Vollschule (ul. Grunwaldzka 52) als schulpflichtig gemeldet ist. 2. bei allen Kindern a) Geburts-Tauf-Schein, b) leichter Impfschein, c) Nachweis der Staatsbürgerschaft, d) gegebenenfalls lecktes Schulzeugnis, Abgangszeugnis oder Überweisung.

Neuanmeldungen

von Kindern für alle Klassen der Volks-

schule werden schon jetzt in unserer

Schule, Gimnazjalna Nr. 8, entgegen-

genommen. Spätester Anmeldezeit-

punkt ist der 16. April.

3212

Deutsche Privatschule Nallo.

Evangel. Knabenpensionat für

Schüler höherer Lehranstalten

Danzig-Langfuhr

Steffensweg 5. 2841

Heimleitung durch einen Studienrat,

sorgfältige Erziehung.

Beaufsichtigung der Schularbeiten.

Mäßiger Preis. Bitte, verlangen Sie Prospekte.

2841

Paulinum

Evangel. Knabenpensionat für

Schüler höherer Lehranstalten

Danzig-Langfuhr

Steffensweg 5. 2841

Heimleitung durch einen Studienrat,

sorgfältige Erziehung.

Beaufsichtigung der Schularbeiten.

Mäßiger Preis. Bitte, verlangen Sie Prospekte.

2841

Eiserne Bettstellen 2349
Matratzen in allen Preislagen
Julius Musolff Towarzystwo
z ograniczona poreką
Bydgoszcz, ul. Gdańsk 7. Tel. 1650-3026.

Chem. Konz.-Richter
Dr. v. Behrens Promenada 5
Tel. 18-01 3161
erledigt überlegt
5 Sprachen
alle Schriftstücke
amtlicher und
privater Natur.

Große
Möbelauktion

Donnerstag, den 4.
d. Mts., 10 Uhr.
C. Hartwig, S. A.,
Dworcowa 54. 3226

Bleche
Metalle

aller Art
Julius Musolff
Towarystwo
z ogran. poreką,
Bydgoszcz, 3084
ul. Gdańsk 7.
Tel. 1650-3026

Blätterin

wäscht gut und billig
Sniadeckich 16. M. 5.

Gemüse-,
Blumen-,
Feld-

Dekora" 1472
ul. Gdańsk 22

Telefon 226
empfiehlt
zu billigsten Preisen

Teppiche

Gardin
Läufer

Möbelstoffe

Besonderer Beachtung

empfiehlt meine

Spez.-Mühwerkstatt

für 3079
stilvolle Gardinen
und Stores.

Für die
Frühjahrsplanzung!

Obstbäume

hoch- und halb-

stämmig, Busch,
Spaliere und Cordon

Frucht- und

Beerensträucher

in besten Sorten

als: Stachel- und

Johannis-Bären,

Hamboeren, Brom-

beeren,

Pfirsiche u. Apri-

kosen, Walnüsse,

Hasselrüsse,

Edelwein, Alles-

bäume, Trauer-

bäume,

Blütensträucher

in ca. 60 best. Sort.

Spargel-Pflanzen,

Rhabarberstauden

Hecken - Pflanzen,

Schling- u. Kletter-

pflanzen,

Clematis, Glycin,

Aristolochien, Re-

sedawein, selbstkl.

und wilder Wein,

peren, winterharte

Staudengewächse

in ca. 70 best. Sort.

hochstämmige u.

niedrige Rosen,

Polyantha- und

Kletterrosen i. den

allerbesten und

neuesten Sorten.

Alles in größter

Auswahl und zu

sehr billig. Preisen

Bitte besuch. Sie

meine Gärtnerei.

Jul. Ross,

Gartenbaubetrieb

Grunwaldzka 20.

Telefon 48. 3168

Zapeten

kaufen Sie am günstigsten im neuen

Zapeten-Geschäft

ul. Batorego 1 (Gebäude Starzyn)

Lieferung auch p. Post.

Kalzalpeter 15,5 %

Saletrzak 15,5 %

Kalkstickstoff 15,5 %

Schwefels. Ammoniak 20,6 %

Kalisalz 40 % 3108

Kainit 22 %

Superphosphat 16 %

Thomasmehl und sämtliche Feldsämereien

empfiehlt ab Lager Bielawki

Landw. Ein- und Verkaufs-Verein,

Bydgoszcz. Tel. 100

Kirchenzettel.

* bedeutet anschließende Abendmahlsteier.

Evang.-luth. Kirche, Połonecka 25.

Donnerstag, 8 Uhr

Baptistpredigt*, Pfarr.

Brauner Thon.

Brzezki, Dąbrowa, pow. Chelmno, Pom.

Suche von Wirtin

ist. perfekte

Zeugnisse, und

Gelehrte, 15. April

sucht gestützt auf gute

Zeugnisse.

Suche von sofort od. 3. 15. 4.

sucht von sofort od. 3. 15. 4.

junge Wirtin

in Geißelgelaufzucht u.

Wölchebehandlung er-

fahren und ein fleiß-

saub. Stubenmädchen.

Bromberg, Donnerstag, den 4. April 1935.

Pommerellen.

3. April.

Für die Pommerellische Industrie- und Handelskammer

in Gdingen fanden jetzt die Präsidiumswahlen statt, die vom Wojewoden Kirtiklis in Gegenwart des Regierungskommissars Sokoł geleitet wurden. Zum Kammerpräsidenten wurde Direktor St. Tör, zu Vizepräsidenten: in der Schifffahrts- und Hafensektion Fr. Kollat und Wl. Szczeszyński; in der Industriesektion K. Kasprzowicz und A. Dziedziuk, in der Handelssektion T. Marchlewski, W. Smoleń und B. Lenher gewählt.

Graudenz (Grudziądz)

Gastspiel der Deutschen Bühne Thorn.

Zum zweiten Male in dieser Spielzeit erfreute uns die Deutsche Bühne Thorn mit einer Gastspielaufführung, und zwar am letzten Sonntag nachmittag vor einem erfreulich zahlreichen Publikum. Im Gegensatz zu dem Drama bei ihrem vorigen Kommen gaben die Thorner nunmehr ein Stück heiteren Genres: das Lustspiel „Freie Bahn dem Tüchtigen“ von August Hinrichs. Der ehemalige Tischlermeister in der früheren kleinen Residenzstadt Oldenburg, dessen dramatische Museen Kinder sich ja häufiglich eines ganz ungewöhnlich großen Erfolgs erfreuen, erweist auch in „Freie Bahn dem Tüchtigen“ sein ganz besonderes Verständnis für zugrätzige Themen voll Farbe, Schwung und Gehalt. Zeigt Hinrichs in der 1. B. von unserer Bühne erfolgreich gegebenen Komödie: „Wenn der Hahn kräht“ mehr derben Wit und bauerliche Schlaue, so läßt er in dem jetzt von den Thorner gespielten Stück neuzeitliche Probleme auf den Gebieten der Schule, der Jugend, des Sports aufrücken. Dem Alten liegt eine Erzählung zu grunde, wie ein etwas pedantischer, allzu korrekter und daher welfremder Studienrat für einen Direktorenposten gewählt wird — aber nicht, wie er selbst meint, lediglich dank seiner fachlichen Tüchtigkeit, sondern mehr noch infolge gewisser, sagen wir, „Familienbeziehungen“, bei denen außer der Studienratsgattin auch die beiden Kinder eine nicht unwichtige Rolle spielen. Wenn der Verfasser daneben das famose Parteidienst ein wenig unter die kritische Lupe nimmt, so hat das gerade für uns hier einen nicht zu leugnenden lehrhaften Beigeschmac mit entsprechender Nutzanwendung.

Was das Spiel anbetrifft, so war es interessant zu beobachten, wie die Gäste, nachdem wir sie in getragenen, tieferen Rollen gesehen hatten, das lustige Genre bewerkstelligten. Ernst Wallis war in der alle anderen weit überragenden Aufgabe des allzu pflichtbewußten, dem wirklichen Leben zu wenig angepaßten Studienrats Dr. Adolf Bröker auszeichnend. Er wußte diesen heut nicht mehr zeitgemäßen Typ charakteristisch und humorvoll wiederzugeben. Als seine Gattin Adele konnte man bezüglich der Verkörperung dieser Rolle durch Eli Klinger anfänglich einige Bedenken hegen; es schien, als wenn der jungen Dame die Darstellung der würdigen, älteren Gemahlin des Studienrats nicht so recht liegen molle. Doch wuchs sie im Laufe des Abends zu freierer Entfaltung empor und errang sich verdiente Anerkennung der Zuschauer. Eine Spende aus dem Publikum erfreute sie. Liesbeth Herrmann hatte diesmal die vom Geist überwundener, älter Ansichten erfüllte, burschikose Studienratsstochter Ursula zu mimieren. Wie sie das fertigbrachte, das muß man gerechterweise doppelt anerkennen, da der Darstellerin erfreitlich sentimentale Zartheit und Innigkeit enthaltende Sujets angepaßter erscheinen. Das Fräulein Herrmann trotzdem sehr gefiel, beweist ihr vielheftiges Klonnen. Arthur Müller hatte als der mit seinem Lehren in weltanschaulichen Fragen so weit auseinandergehende Primaner Alex. Butenkamp eine nicht unkomplizierte Position. Doch wußte er ihr im ganzen gerecht zu werden. Das gleiche gilt von Horst Laengner als dem Sohn Dr. Brökers und Klassenkameraden Butenkamps. Alfred Bahn, der den Direktor Püttnar gab, in dessen Händen die Fäden der Besetzung des Direktorenpostens in Neustadt zusammenließen, geliefert durch die Sicherheit, Würde und Bonhomie, mit der er sich seiner Partie entledigte. Daß er, der gereifte Junggeselle, die jugendliche Tochter Brökers zur Frau bekam, könnte man ihm. Von Rolf Frankenberger ist zu sagen, daß seine theoretische Ausdrucks Kraft recht weit reicht. Ganz anders, wie in „Haus Rosenhagen“, mußte er diesmal einen etwas lockeren, „lebenskünstlerischen“ Schwerebüro auf die Bretter zu stellen — mit Monokel und Herzensbrecherallüren. Das gelang ihm nicht minder. Der Stadtverordnete Degenhardt Carl Mallon war eine in seiner Parteifreiheit, aber auch in seinem Mutterwits fesselnde Figur. Er erzielte öfters herzliches Schmunzeln. Bürgermeister Dr. Nolde, dieser eingeschlechte Staatsmann, und die Stadtverordnete „Frau Direktor Lehmann“ fanden in Rudolf Franz und Ellen Harden ansprechende Vertreter.

Die Spielleitung Max Herrmanns war glatt und sicher; die technische Leitung (Albert Schulz) ließ ebenfalls nichts zu wünschen übrig. Der sehr starke Beifall, den Stück und Gäste hatten, und der übrigens auch bei offener Szene mehrfach einsetzte, war wohl verdient. Daß das bei unserem großen Zuschauerraum aber besonders zu bedauernde zu leise Sprechen einiger Damen diesmal leider wieder festzustellen war, sei zum Schluss wahrheitsgemäß verzeichnet. *

Anradeln der Radfahrerabteilung des SCG.

Gutes, windiges, mit einzelnen Schneeschauern vermisches Wetter ließ die erste Ausfahrt des SCG am letzten Sonntag verfrüht erscheinen. Doch als die Sonne wieder hervorlachte, fanden sich immerhin noch etwa 20 Radler ein, die sich auf den Weg zu Bodammar nach Gilmarsdorf machten. Dort wurde an einer Kaffetafel Platz genommen, während die Rennfahrer ein Frühjahrsrennen über 40 Kilometer um den vom 1. Vorsitzenden Dr. Joachim Gramse gestifteten Wanderpreis austragen. Am Start traten 5 Mann an, von denen der favorisierte Clubmeister

Ashmann jedoch durch Pedalabschluß ausschied. Sieger wurde Scherler in 1 St. 16 Min. 28 Sek., Zweiter Balawski in 1.24, Dritter Agor in 1.36, Vierter Borchardt in 1.38 Std. Scherler führt von Anfang an, kann sich nach 10 Kilometern vom übrigen Felde freimachen und fährt sein Rennen mit großem Vorsprung unangefochten nach Hause. Nach froher Unterhaltung wurde dann gegen 5 Uhr die Heimfahrt angetreten. Somit ist die diesjährige Straßen-Fahrsaison eingeleitet. Die nun regelmäßig stattfindenden Ausfahrten in die schöne Umgebung unserer Heimat verdienen wirklich eine recht zahlreiche Beteiligung.

Fußball. SCG weiste am vergangenen Sonntag in Bromberg zum ersten Punktespiel um die Meisterschaft der Klasse B gegen den K. S. „Gwiazda“. Die Graudener waren besonders in der Schnelligkeit unterlegen und verloren mit 5:1 (1:0).

Auch der K. K. S. „PePeGe“, der den K. S. „Goplania“-Towarzyskie bei sich zu Gaste hatte, verlor mit 2:1 (0:0) und damit die ersten wertvollen Punkte. *

* Die Soziale Versicherung (Ubezpieczalnia Społeczna) frühere Krankenkasse gibt bekannt, daß die Hausärzte Dr. Zambrzynski in Graudenz und Dr. Drążkowski in Culm mit dem 1. 4. aufgehört haben, für die Soziale Versicherung zu praktizieren. Infolgedessen müssen sich die für diese Ärzte eingetragenen Versicherten bis zum 15. 4. d. J. in den Büros der Sozialen Versicherung zwecks Übertragung auf einen der weiterhin amtierenden Ärzte melden. In Graudenz sind dies die Ärzte Dubowik, Z. Grygier, Maj, Olszakowski, Sułkowski, Frau Stein, Urbanski und Zieliński; in Culm die Ärzte Piorek und Wasilewski. Die Versicherten bzw. die mit einer schriftlichen Ermächtigung des Versicherten versehenen Familienmitglieder haben bei der Meldung die bisherige Versichertenelegitimation vorzulegen. Nach dem 15. 4. d. J. werden Versicherte, die sich bis dahin nicht gemeldet haben, nach Gutdünken der Sozialen Versicherung einem Hausarzte zugewiesen. — In einer anderen Bekanntmachung gibt dieses Institut zur Kenntnis, daß seit dem 1. 4. 1935 die Spezialärzte Dr. Frendl und Helena Jabłonowska-Stolarekukowa ebenfalls nicht mehr für die Sozial-Versicherung tätig sind. Die bei Dr. Dr. Frendl in Behandlung befindlich gewesenen Versicherten und Familienmitglieder gehen auf Dr. Szymański, Langstraße (Dlugi) Nr. 1, die bei Frau Dr. Jabłonowska-Stolarekukowa behandelten Versicherten und Familienmitglieder auf Dr. Korzeniewski, Börgenstraße (Sienkiewicza) Nr. 12, über.

* Über die Überweisung der Akten usw. aus den Gemeinden und Gutsbezirken an die neuen Kollektivgemeinden gibt der Starost des Landkreises Graudenz in einer vom 27. 3. 35 datierten Bekanntmachung zur Kenntnis: „Gemäß der Verordnung des Wojewoden vom 18. 3. 35 tritt am 1. April d. J. die Übernahme der Agenturen und Amtierung von den bisherigen Gemeinde- und Gutsvorstehern durch die Vorsteher der Kollektivgemeinde ein. Gleichzeitig hat die Überweisung des Vermögens der seitherigen Gemeinden an die Vorsteher der neuen Gromaden zu erfolgen. Im Zusammenhang hiermit wird eine gewisse Unterbrechung in der Erledigung der Gemeindeangelegenheiten eintreten, und zwar bis zur Konstituierung der Kollektivgemeinden und Gromaden. Eilige Sachen für die Kollektivgemeinden sind bis auf weiteres durch Vermittlung des Kreisausschusses (Wydział Powiatowy) in Graudenz einzufinden.“ *

Graudenz.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus reichen Kranspenden, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Dieball, sowie allen, welche unserm lieben Entschlafenen das letzte Geleit gaben,

herzlichen Dank.

Frau Agnes Wille
nebst Kindern.

Graudenz, den 2. April 1935. 3209

Klee-, Feld- u. Gemüse-
Gämereien, sowie sämtliche
empfiehlt zu niedrigsten Tagespreisen
Toruńska 17 Fr. Rink Telefon 1303



Fahrräder
zum Teil noch Aus-
landsmarkenräder, off.
August Bischadel,
ul. Grobla 4.
Rähmch., Fahrräder,
Reparatur-Werkstatt.
Gegründet 1907. 3208
Telefon 1746.

6.-3.-Wohnung
preiswert
zu vermieten

3108 Toruńska 33.

2-Zimmer-Wohnung
v. 15. 4. zu vermietet. 3210
Maraun, Nadgórna 54.

Werkstatt
zu vermieten

Nadgórna 54.

Thorn.

Montag früh 4 Uhr entschließt nach langem Leid unsere liebe Schwester Matilde Harbarth im 71. Lebensjahr. Dies zeigt tief betrübt an die trauernden Hinterbliebenen Gramischen, den 1. April 1935.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 4. April, nachm. 3 Uhr, von der Kirche in Grebocin aus statt. 3203

Suche ver sofort 3211 Getümige 2- eventl.
erst. Buchhalterin 3-Zimmer-Wohnung

Dich. u. Boln. in Wart mögl. Brem. Vorstadt
u. Schrift Bedingung v. sich. Mieter gesucht.
Ostar Stephan Rast., Ang. u. G. 2539 a Ann.
Toruń, Szeroka 16. Exp. Wallis, Toruń. 3215

Das Ordenskreuz
Thorner Heimat-Zeitung.

Die Märznummer 6 ist erschienen. Preis 60 gr.
nach außerhalb 70 gr. Sie enthält nähre An-
gaben über den in Aussicht genommenen
Viertagster der Thorner, Bromberger- und
Graudener Heimatvereine.

Justus Wallis, Toruń, Szeroka 34. 3205



Deutsche Bühne
in Toruń I. J.

Sonntag, 7. April 20 Uhr
im „Deutschen Heim“:

Neuheit! Neuheit!

Spaßen
in Gottes Hand.

Bolstomödie in 3 Akten
v. E. Rahn u. L. Bender.
Eintrittsart. b. Justus
Wallis, Szeroka 34. 3208
Tel. 1469. Stempelpa-
tur b. Mittwoch einschl.

Frischmeß. Ruh
zu verkaufen. Södte,
Griflowo, pa. Ziotorja,
pow. Toruń. 3205

ch Berent (Kościerzyna), 2. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Haushaltssplan für 1935/36 angenommen und beschlossen, eine Anleihe von 50 000 Zloty zur Beendigung des Umbaus des Elektrizitätswerks aufzunehmen.

Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 0,80 bis 1,00, die Mandel Eier 0,70 Zloty.

Aus der Schlosserei der Gebr. Bryslowski in Alt-Kischau wurden nachts ein Fahrrad, zwei Hinterreifen von Fahrrädern und Schlosserwerkzeuge im Gesamtwert von 200 Zloty gestohlen.

* Culmsee (Chelmza), 2. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde Dr. Kaczmarczyk zum Vorsitzenden des Schiedsrichteramts gewählt, sein Stellvertreter ist Herr Szczepański. Eine längere Diskussion rief die Angelegenheit des Kreiskrankenbaus hervor. Dr. Strzyżowski wies in einer längeren Rede auf die Notwendigkeit der Erhaltung des Krankenhauses hin und stellte schließlich den Antrag, den obersten Behörden ein entsprechendes Memorial zugehen zu lassen, um auf diese Weise die Ungültigkeitserklärung des Entscheides des Kreisausschusses und des Beschlusses des Kreislandtages zu erreichen. Nachdem Kreisstarost Skórewicz zu dieser Angelegenheit das Wort ergriffen hatte, wurde von der Abfassung eines Protestschreibens in Sachen der Liquidation des Kreiskrankenhauses Abstand genommen. Sodann wurde das zweite Zusatzbudget für das Jahr 1934/35 beschlossen und ein Schreiben der Landeshauptmannschaft betreffend die Subventionen für die öffentliche Wohlfahrt in Höhe von 65 000 Zloty zur Kenntnis genommen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden in geheimer Sitzung erledigt.

oh Karthaus (Kartuzy), 2. April. Im Kolonialwarengeschäft von Domaschke in Msciszewice, Kreis Karthaus, kam es zum Streit zwischen den 32 bzw. 28 Jahre alten Arbeitern Józef Gański und Feliz Dryma. Bei den darauffolgenden Tätilkeiten versetzte letzterer seinem Gegner einen schweren Messerstich in die linke Seite, woran dieser am folgenden Tage im Karthäuser Krankenhaus verstarb. Gański hinterläßt die Chefran mit zwei kleinen Kindern. Der Täter wurde verhaftet.

Eine Abnahmestelle für Eierlieferungen aus dem Kreis Karthaus nach Danzig ist ab 1. April in Kartuschenk eingerichtet und an allen Freitagen von 8–11 Uhr vormittags geöffnet.

g Stargard (Starogard), 2. April. Um der Bevölkerung vom Lande entgegenzukommen, hat das hiesige Postamt den Schalterdienst an Markttagen bis 14 Uhr verlängert. Die Unterbrechung während der Mittagszeit ist damit von drei auf eine Stunde verkürzt worden. An Ablauftagen ist ebenfalls ein verlängerter Schalterdienst eingeführt worden. Falls größere Tagungen an einem Wochentag stattfinden, amtieren die Schalter ununterbrochen ohne Mittagspause.

v Landsburg (Węgorz), 2. April. Ein durchgehendes Gespann aus Suhorowez raste kürzlich durch die Straßen unserer Stadt, wobei von dem Gespann ein Radfahrer erfasst wurde. Der Radler kam glücklicherweise durch Abprallen mit dem bloßen Schrecken davon; das Rad wurde zertrümmert.

Freie Stadt Danzig.

Danziger Staatstheater.

Ein reizendes Lustspiel von Alfred Möller und Hans Lorenz: „Christa, ich erwarte Dich!“ gelangte hier zur Erstaufführung. Das vollbesetzte Haus hatte seine helle Freude an den lustigen Einsällen und ulfigen Situationen. Der Inhalt dieser heiteren Angelegenheit ist an dieser Stelle bereits anlässlich der Bromberger Aufführung des Stücks skizzirt worden, so daß wir uns nur mit der Darstellung zu befassen brauchen. Das Zusammenspiel unter Heinz Bredé's künstbewährter Leitung war dem dichterischen Stoff angepaßt, flott und amüsant. Helmut Rudolph als der Schwerenöter Klaus, Elisabeth Günthel als Christa, Günther Günthermann und Friede Gäßner als das junge Liebespaar, Carl Kliener und Carl Brückel als die beiden Väter und Frieda Regnald als die abergläubische Wirtschafterin konnten im Verein mit dem Spielleiter den herzlichen Beifall des Publikums und viel Blumen entgegennehmen.

Gernegroß Litauen.

Raum mehr Einwohner als halb Berlin.

Das Schandurteil von Kowno hat nicht nur berechtigterweise in Deutschland hellste Empörung entfesselt, es hat bezeichnenderweise auch in den übrigen europäischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Vor allem ist es die englische Presse, die angesichts der Berliner Bevölkerungen eine schwere Beeinträchtigung der Bevölkerungsaktion befürchtet, um so mehr, als auch England zu den Signatarmächten des Memelstatuts gehört. Da im allgemeinen die Kenntnisse über die nach dem Kriege neu gebildeten baltischen Staaten nicht allzu umfangreich sind, erscheint es angebracht, im besonderen über Litauen, dessen Entdeutschungspolitik gegen das Memelgebiet seit Jahren zu fortgesetzten Missbilligkeiten geführt hat, nähere Aufklärung zu geben.

Nach dem Bericht des Zentralstatistischen Amtes in Litauen betrug die Gesamteinwohnerzahl am 1. Januar 1935 2 476 154 Personen, davon 1 190 584 Männer 1 285 620 Frauen. Das sind also nur 300 000 mehr als die Hälfte der Reichshauptstadt an Einwohnern zählt. Litauen umfaßt 52 882 Quadratkilometer. Die Bevölkerungsdichte beläuft sich auf 42 Einwohner auf den Quadratkilometer. Der Nationalität nach waren nach den Feststellungen des Jahres 1933 83,9 Prozent Litauer, 7,6 Prozent Juden, 3,2 Prozent Polen und 2,5 Prozent Russen, 1,4 Prozent Deutsche. Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit verteilte sich die Bevölkerung auf 1 739 390 Römisch-Katholische, 155 125 Juden, 60 600 Evangelische, 55 000 Orthodoxen.

Gesichtlich tritt Litauen im 18. Jahrhundert zuerst in Erscheinung. Nach einigen Jahrhunderten mehr oder weniger stark umklämpfter Selbständigkeit fällt von der Mitte des 16. Jahrhunderts ab die litauische mit der polnischen Geschichte zusammen. Durch die polnischen Teilungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts kamen die größten Teile Litauens an Russland. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeigt sich erneuter litauischer Selbständigkeitstrang, der sich politisch gegen Russland und sozial gegen die Herrschaft der polnischen Großgrundbesitzer wandte. Nach der Besetzung Litauens durch die Deutschen 1915 trat im September 1917 ein litauischer Landtag zusammen, der am 11. Dezember 1917 die Wiederaufrichtung des litauischen Staates verkündete. Nach seiner Anerkennung durch das

Deutsche Reich wurde eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt, einen württembergischen Prinzen zum König zu wählen. Am 2. November 1918 erklärte sich jedoch Litauen zur Republik. Bis zum Jahre 1920 war Litauen der Schauplatz vieler Kämpfe zwischen Russen und Polen. Durch die Besetzung Wilnas durch den polnischen General Zeligowski am 9. Oktober 1920 geriet Litauen in schärfsten Kontrast zu Polen, der bis heute noch nicht ausgeregelt ist, obwohl die Botschafterkonferenz der Entente am 15. März 1923 die neue polnisch-litauische Grenze bestätigte.

Den Ausbruch des Kriegskampfes henupte Litauen, um am 15. Januar 1923 das deutsche Memelgebiet durch einen Handstreich zu besetzen. Die Botschafterkonferenz bestätigte am 16. Februar 1923 die Angliederung des Memelgebietes an Litauen. Doch wurde ausdrücklich die Autonomie des Memelgebietes festgelegt. Das Memelstatut, das die Unterschriften Englands, Frankreichs, Italiens und Japans trägt, ist seitdem von Litauen derartig durchlöchert worden, daß man ohne Übertreibung sagen kann, es gibt keine Bestimmung in diesem Statut, die nicht durch Litauen verlegt oder außer Kraft gesetzt worden ist.

Eine in Polen erscheinende deutsche Zeitung ist es gewesen, die unlängst bei der Bekanntgabe der Bevölkerungsziffer Litauens der Statistik hinzufügte: „Und dieser Zweig wagt es, die Deutschen zu schikanieren!“ Das Kowno Schandurteil wird das Gefäß zum Überlaufen bringen. Schon vor einiger Zeit haben die Signatarmächte durch ihre juristischen Sachverständigen die fortgesetzten Verlebungen des Memelstatuts feststellen lassen. Jetzt ist es wahrlich an der Zeit, die unerlässlichen Folgerungen daraus zu ziehen.

Politische Bemerkungen zur Polenfahrt der HJ.

PDÖ. Anlässlich der Polenfahrt der Hitlerjugend, die am 24. März im polnischen Rundfunk eine Sendung „Wir Jungen“ gestaltete, macht der Polenreferent der Abteilung Ausland der Reichsjugendführung folgende beachtenswerte politische Anmerkungen:

... Dieselben Momente unseres nationalen Stolzes waren es auch, die die Befreiungen und Verhandlungen mit polnischen Jugendführern und Organisationen geleitet haben. Überall haben wir fühlen und wissen lassen, daß wir zuerst einmal Deutsche und Nationalsozialisten und dann erst Europäer sind, und daß wir einen Verhandlungspartner, der von einer anderen Basis ausgeht, für einen Phantanten oder unrechtmäßigen Kerl halten. Gerade dieser Standpunkt ließ uns auch sofort zu fruchtbaren Verhandlungen kommen. Sehr wohl haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir früher nicht immer den Eindruck gehabt hätten, daß Deutschland von anderen Nationen als gleichberechtigt angesehen würde. Wir sind jedoch ehrlich bereit, zusammenzuarbeiten am gemeinsamen Befriedungswerk, aber wir stellen die Bedingung der Gleichberechtigung in allen Punkten. In einer kurzen Ansprache an die polnischen Jugendführer habe ich diesen Standpunkt so umrissen:

„Wir sind uns vollständig klar darüber, daß zwischen uns, deutscher Jugend, und euch, polnischer Jugend, Unterschiede bestehen. Wir kennen sie zum Teil, wir verstehen vielleicht einen anderen Teil. Wir sind aber nicht gewillt, sie zu vertuschen oder zu verheimlichen. Über das trennende jedoch dieser Unterschiede hinaus sind wir bereit, gemeinsame Aufgaben festzustellen und in ge-

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

D. B. 100. 1. Die beiden Nummern sind noch nicht gezogen worden. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß die Nummern der Anleiheablösungsschuld nicht gezogen werden, sondern nur die Nummern der Auslosungsscheine. 2. Sie können die Hypothek jetzt kündigen und können 7 Prozent Zinsen beanspruchen.

Zotterie 2. Die Nr. 37216 der 32. polnischen Lotterie ist bei den Ziehung der 1. und 2. Klasse nicht gezogen worden.

„Exmitten.“ Nach dem klaren Wortlaut der Bestimmung, daß wegen rücksichtiger Miete Arbeitslose auch während der Sommerzeit nicht exmitten werden können, erscheint es vollständig ausgeschlossen, daß eine weitere Klage gegen den arbeitslosen Mieter wegen rücksichtiger Miete Erfolg haben könnte. Anders läge die Sache, wenn Sie einen anderen wichtigen Grund für die Entfernung des Mieters aus Ihrem Hause geltend machen könnten. Wenn der Mieter z. B. die Hausröhrung gründlich verlegen würde, oder wenn er den Mitbewohnern des Hauses gegenüber ein so ungebührliches Verhalten an den Tag legte, daß ihnen der Aufenthalt im Hause erheblich verleidet würde, so wäre das ein wichtiger Grund für die Exmition.

„Lieber Augustin.“ 1. Für Ihre Privatschulden kommt das Entschuldungsgesetz nicht in Frage, da die Schulden für Sie resp. Ihre Frau erst nach dem 1. Juli 1932 entstanden sind. Und auf die Verschuldung bei den Staatsbanken, die Nachfolgerinnen der Deutschen Landesbank und der Deutschen Bauernbank sind, ist die Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. Oktober 1934 (D. A. 94/34 Pos. 89) nicht anwendbar, da rücksichtige Zahlungen anscheinend nicht vorhanden sind, was für Erleichterungen der Schuldenlast gemäß der vorstehend erwähnten Verordnung die Voraussetzung bildet. 2. Ob der Verein berechtigt ist, Sie, obgleich Sie nicht Mitglied sind, zur Deckung des durch die Veruntreuungen des Kanierers entstandenen Defizits heranzuziehen, hängt von den Statuten des Vereins ab. Auch die Frage, ob der Verein die Eintragung der Schuld ins Grundbuch erzwingen kann, hängt von den Vereinsstatuten ab. 7 Prozent Zinsen kann der Verein nehmen, und zwar auch, wenn die Schuld hypothetisch gesichert wird. Die Eintragung vor den 10 000 Zloty Kinderergeldern kann nur mit Genehmigung Ihrer Schwager resp. deren Vormunds erfolgen.

„Erika.“ 1. Welchen Betrag Sie von dem heutigen Eigentümer des besetzten Grundstücks fordern können, hängt davon ab, wie hoch die Aufwertung ist, und ob der heutige Eigentümer für die Schuld nun dinglich haftet oder auch persönlich. Und letzteres entscheidet sich danach, ob der heutige Eigentümer sich bei Übernahme des Grundstücks als Allein- oder Selbstschuldner der fraglichen Schuld bekannt hat. Ist er nicht persönlich Schuldner, dann ist er nur zu einer Aufwertung von 18 1/4 Prozent verpflichtet. Wegen der persönlichen Schuld müßten Sie sich an den früheren Besitzer halten. Die Hypothekenschuld hat Anspruch auf höhere Aufwertung als 15 Prozent, da sie zur Wert erhöhung des Grundstücks gedient hat. Die Höhe der Aufwertung bemisst sich nach der Differenz des früheren und des jetzigen Wertes des Grundstücks. Da dies alles sich unserer Kenntnis entzieht, können wir Ihnen irgend welche positiven Ziffern über den Aufwertungsbeitrag nicht angeben.

Julius B. in S. Wir haben die Überarbeitung des Gesetzes über die territoriale Selbstverwaltung durch die „Posener Überarbeitung politischer Gesetze und Verordnungen“ hinsichtlich der Artikel 4 Abs. 6 und Art. 6 Abs. 2 mit dem polnischen Text verglichen. Sie ist durchaus richtig und hält sich streng an das polnische Original, so daß eine Nachprüfung durch Sie uns nicht erforderlich erscheint. Der Ausdruck „Kreisaußenpol.“ ist nicht eine Übersetzung des Begriffs „Rada powiatowa“ – der an den von Ihnen bezeichneten Stellen überbaut nicht vorkommt – sondern eine Übersetzung des Begriffs „Rada powiatowa“, und er ist korrekt. Der polnische Text des Art. 4 Abs. 6 lautet: „Członki zarządu związków i wiejskich oraz sojusi i podziałów nie mogą wchodzić w skład wydziałów powiatowych. Wrazie przyjęcia wyboru na członka, wydziału powiatowego osoby te tracą dotychczasowy mandat.“

Bei Menschen mit unregelmäßiger Herzaktivität schafft ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Witterwasser, täglich früh morgens genommen, mühelos, leichten Stuhlgang. Ärztl. bestens empfohlen. 1552

meinsamer Arbeit zu lösen. Dabei ist vor allem Wahrheit nötig, selbst wenn sie brutal wäre. Und eine solche vielleicht brutale Wahrheit ist es, wenn ich Ihnen sage, daß wir bei einem Schritt, der unserer nationalen Ehre auch nur ein Pünktchen abträglich ist, uns zurückziehen werden von der Zusammenarbeit. Wir werden Fehler der vergangenen Generationen nicht ein zweites Mal machen, weil wir aus ihnen gelernt haben. Denn gerade diese Fehler lehren uns, daß Nation und Volkskraft Volkstümern sind, die nicht stiefmütterlich behandelt werden können. Werden unsere Verhandlungen und Beziehungen von diesem Geiste getragen sein, so werden sie auch fruchtbar sein.“

So ist diese erste große Begegnung zwischer deutscher und polnischer Jugend ein Auftakt gewesen zu späteren Begegnungen. Wenn die Polen in etwa einem Monat den Gelegenheitsbesuch machen werden, so sollen sie sehen, daß wir ihrer Stellung, ihrer Nation, ihrer Ehre gerecht werden, und daß wir darüber hinaus in kameradschaftlicher Weise ein gutes Verhältnis erstreben. Die Hitler-Jugend wird in ihrem Verhältnis zu Polen und seiner Jugend ihren klaren und geraden Weg weitergehen.

Zur zweiten Tagung der polnischen Auslandsjugend.

PDÖ. Anlässlich der am 29. und 30. Juni d. J. stattfindenden 2. Tagung der polnischen Auslandsjugend werden von einigen polnischen Zeitungen interessante Ausführungen über die Organisation und die Vorbereitung zu dieser Feier der polnischen Jugend gemacht.

Die Verwirklichung der Tagung liegt in Händen der mit der Organisierung betrauten Stellen des Weltbundes der Auslandspolen und vor allem auch bei den einzelnen Gruppen der polnischen Jugend außerhalb des polnischen Staates.

In diesem Zusammenhange wird insbesondere auf die Polen in Deutschland hingewiesen, die als zahlmäßig zweitstärkster polnischer Mittelpunkt im Auslande, vor allem zahlreiche Vertreter ihrer Jugend entsenden werden.

Gömbös Wahlsieg.

Bei den ungarischen Parlamentswahlen, die am Sonntag begonnen haben und am 8. und 7. April fortgesetzt werden, hat die Regierungspartei bereits 158 Mandate erhalten und verfügt somit bei der gesetzlichen Gesamtzahl von 245 Abgeordneten über die Mehrheit. Diese Mehrheit ist derart ausschlaggebend, daß für die nächste fünfjährige Wahlperiode die Regierung Gömbös mit parlamentarischen Schwierigkeiten und einer parlamentarischen Opposition nicht mehr zu rechnen braucht.

Das bedauerliche Ergebnis des Wahltages ist die Tatsache, daß sämtliche vier Kandidaten des ungarischen Deutschtums durchfallen sind, so daß im neuen ungarischen Reichstag die deutsche Volksgruppe in Ungarn überhaupt nicht vertreten sein wird. Der Grund für diese Niederlage des ungarischen Deutschtums ist darin zu suchen, daß dessen Wahlbeteiligung stark beeinträchtigt wurde.

Rundschau des Staatsbürgers.

Tilgung kleiner Steuerrückstände.

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 22 vom 30. März ist unter Pos. 135 eine Verordnung des Finanzministers erschienen. Diese Verordnung befaßt sich als erste mit der Regelung der Steuerrückstände. Es werden von Amts wegen kleinere Steuerrückstände niedergeschlagen, die in der Zeit vor dem 1. April 1933 entstanden sind und die am 31. März dieses Jahres noch nicht geregelt waren. Es werden folgende Rückstände niedergeschlagen:

1. Rückstände aus der Grundsteuer, die von Gesellschaften erhoben wird.

2. Rückstände aus der Grundsteuer, die von Einzelpersonen erhoben wird, aber nur Rückstände von solchen Steuerzahler, bei welchen die Bemessung dieser Steuer für das Jahr 1934 die Summe von 20 Zloty nicht übersteigt.

3. Rückstände aus der Immobilien-, Lokalsteuer und aus der Steuer für unbebaute Plätze, sofern die Steuerzahler für das Jahr 1934 in jeder dieser Steuerart nicht mehr als 100 Zloty zu zahlen hatten.

4. Rückstände aus der Militärsteuer.

Bei der Umsatz- und Einkommensteuer werden solche Rückstände niedergeschlagen, sofern die Gesamtsumme in jeder dieser Steuer für einen Einzelnen nicht 20 Zloty übersteigt. Zusammen mit der Niederschlagung solcher Rückstände werden alle dazu gehörigen Nebenzuschläge (staatliche und kommunale) und sämtliche Verzugsstrafen und Verzugszinsen eventuell auch die Zwangsvollstreckungskosten niedergeschlagen.

Außerdem die Steuerrückstände, die vor dem 1. April 1933 auferlegt worden sind, im Bereich der erwähnten Steuern niedergeschlagen, sofern die Geldstrafe die Summe von 100 Zloty nicht übersteigt. Dieser Niederschlagung werden selbst solche Steuerzahler teilhaftig, deren Steuerrückstände auf Grund dieser Verordnung eine Niederschlagung nicht unterliegen. Niedergeschlagen werden ferner Stempelgebühren für Zahlungsauforderungen, sofern diese nicht 3 Zloty übersteigen, außerdem alle Rückstände der sogenannten Krisen-Zuschläge zur Einkommen- und Immobiliensteuer, sofern sie die Summe von 20 Zloty nicht übersteigen. Wenn dabei bereits Zwangsvollzugskosten entstanden sind und diese Kosten einen selbständigen Rückstand bilden, d. h. daß der Steuerzahler die Steuer inzwischen bezahlt hat, so werden auch diese Kosten niedergeschlagen.

Es sei noch bemerkt, daß alle vorhin erwähnten Rückstände niedergeschlagen werden ohne Rücksicht darauf, ob während des Inkrafttretens dieser Verordnung irgend ein Berufungsverschaffung, ein Zwangsvollstreckungsverschaffung schwebt oder ob bereits eine Stundung oder Verteilung in Raten erfolgt ist. Die Verordnung ist am 30. März in Kraft getreten.

Die Berliner Gespräche.

Die „Gazeta Polska“ weist die Korridorlüge zurück.

In einem längeren Artikel, der sich nochmals mit den Berliner Gesprächen des Reichskanzlers mit den englischen Ministern beschäftigt, stellt der Berliner Berichterstatter der „Gazeta Polska“, Kazimierz Smogorzewski, fest, daß man jetzt schon genau wisse, worüber man sich unterhalten habe, und wovon nicht die Rede gewesen sei. Smogorzewski schreibt voraus, daß der allgemeine Charakter und Ton der Unterredungen vor allem der Klärung der gegenseitigen Gesichtspunkte gegolten habe. Sir John Simon habe also dem Kanzler die Ziele und Methoden der britischen Politik klargelegt. Ihr Hauptinteresse bestehe in der Erhaltung des Friedens, und der sicherste Weg, der zu diesem Ziele führe, sei nach britischer Auffassung nicht die Teilung Europas in Blöcke, sondern die Zusammenarbeit aller im Rahmen irgend eines Kollektivsystems, das gemeinsam in Verhandlungen ausgearbeitet werden soll, an denen alle Hauptinteressenten mit den Rechten der absoluten Gleichheit teilnehmen würden. Der Reichskanzler informierte den britischen Staatssekretär über die Ziele und Methoden der deutschen Politik. Am 16. März habe der Kanzler der Lage ein Ziel gesetzt, in der sich das Reich seit dem Augenblick der Unterzeichnung des Versailler Vertrags befunden habe. Heute hätte Deutschland dieselben Rechte wie jede andere Großmacht. Aus dem vom Kanzler eingenommenen Standpunkt ging hervor, daß die Epoche der Teilung Europas in Sieger und Besiegte ein Ende gefunden habe, zu Ende sei auch die Methode, Deutschland irgend etwas ohne sein Einverständnis aufzuzwingen. Die Grundsätze der Rechtsgleichheit werde die Deutsche Regierung stets und leidenschaftlich verteidigen.

In der richtigen Erkenntnis, daß die englisch-deutschen Gespräche den Anfang einer neuen Ära der europäischen Politik bilden können, daß sie den Anfang einer neuen Lukzenpolitik Deutschlands bedeuten, wollte sich Reichskanzler Hitler, so heißt es in dem Artikel weiter, „auf eingehende Verhandlungen nicht einlassen. Er war der Meinung, daß dies zu früh sei. In der Frage der Rüstungen zu Lande und in der Luft stand er auf dem Standpunkt der Parität mit den am stärksten gerüsteten westeuropäischen Mächten, behielt sich aber vor, daß diese Parität die Sicherheit Deutschlands nicht in genügendem Maße garantieren würde, falls diese oder jene neuen gegen Deutschland gerichteten Militärbündnisse entstehen sollten. Was die Seerüstungen anbelangt, so stellte der Reichskanzler das Recht Großbritanniens auf ein Übergewicht auf dem Meere mit Rücksicht auf die große Spannweite seiner Verkehrswege mit den Dominions und Kolonien nicht in Frage, erhob jedoch die Forderung der Gleichheit der deutschen Rüstungen zur See mit den französischen. Falls ein französisch-sowjetisches Bündnis zustande kommen und dieses eine Stärzung der Sowjetflotte in der Ostsee nach sich ziehen sollte, so würde sie (die Gleichheit) — nach Ansicht des Reichskanzlers — die Sicherheit des Reichs nicht garantieren. Gegen die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund erhob Reichskanzler Hitler keine grundfältlichen Einwände. Deutschland wird zu der Genfer Institution zurückkehren, wenn der Völkerbund-Pakt aus den Friedenstraktaten abgesondert wird, und wenn der Völkerbund ohne Vorbehalt die absolute Gleichheit Deutschlands mit den anderen Großmächten anerkennt; der beredteste Beweis dafür, wäre die Zuverlässigkeit irgend eines Kolonialmandats an Deutschland. Zum ersten Mal hat Reichskanzler Hitler in einem Gespräch mit einem fremden Staatsmann so verständig die Rechtsgleichheit des Reichs formuliert. Eine solche Aussage hat Sir John Simon sicher nicht erwartet; damit läßt sich seine im Unterhause am 28. März abgegebene Äußerung erklären, daß in den Unterredungen eine „erhebliche Meinungsverschiedenheit“ zwischen den beiden Regierungen zutage getreten sei.“

Im zweiten Teil seines Artikels behandelt Smogorzewski die Punkte in der Berliner Unterredung, die überhaupt nicht erwähnt wurden, und die Sir John Simon als „unbegründete Spekulationen“ brandmarkte, die zurückzuweisen seien. Es handelt sich hier in erster Linie um Informationen des „Daily Telegraph“ vom 27. März, die versicherten, daß Reichskanzler Hitler: 1. eine um die Hälfte stärkere Armee haben will als sie Frankreich hat, 2. eine Flotte beansprucht, die um das doppelte die französische überschreitet, 3. den Anschluß Österreichs und 4. die Revision der Ostgrenzen des Reichs auf Kosten Polens und der Tschechoslowakei. Smogorzewski geht begreiflicher Weise besonders auf den vierten Punkt der angeblichen Forderungen Hitlers ein und gibt seine Entstehungsgeschichte folgendermaßen wieder:

Diese Nachrichten gab der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ nur als „Gedanken“ der deutschen Politik seinem Blatte weiter, aber die Londoner Redaktion des Blattes machte daraus die „Forderungen“, die der Reichskanzler in seinem Gespräch mit Sir John Simon erhoben haben soll. Der Korrespondent der Havas-Agentur hat diese Pläne unverzüglich nach Paris hinüber telephoniert mit dem Zusatz, daß, wenngleich die „amtlichen Kreise“ Londons eine grobe Zurückhaltung bewahren, „amtlich dennoch darauf hingewiesen werde, daß sich die deutschen Forderungen mit dem grundfältlichen Inhalt der Enthüllungen der erwähnten Zeitung decken.“ Diese mit solcher Soße zubereiteten „Enthüllungen“ wurden mit Genugtuung von den französischen Zeitungen aufgegriffen. Pertinax stellte gleich in den Spalten des „Echo de Paris“ (28. März) die für seine Mentalität charakteristische Frage: „Ist Polen hier das „Opfer“ oder „Mitwissen“?“ Als das Amtliche Deutsche Nachrichtenbüro die Meldung „aufs schärfste dementierte“, daß Reichskanzler Hitler in seinem Gespräch mit den britischen Ministern eine Revision der Grenzen Polens und der Tschechoslowakei gefordert hätte, und diese Meldung als „in ihrem ganzen Inhalt erdacht und als eine politische Brunneneröffnung“ brandmarkte, erklärte Pertinax im „Echo de Paris“ (29. März), daß dieses Dementi ihn gar nicht überzeugt habe, worauf er behauptete, „daß bis auf Widerruf Warschau eine Filiale der Politik Hitlers sei.“

„Pertinax“, so schließt Smogorzewski seinen Artikel, „gehört zu denjenigen Franzosen, welche die Bundesgenossen als passive Figuren auf dem europäischen Schachbrett betrachten möchten. Polen aber ist keine „Figur“, sondern nimmt aktiven Anteil an dem Spiel, wobei es vor allem und kräftig die eigenen Interessen verteidigt. Es gibt noch in Polen Menschen, denen die Unkenrufe von Pertinax den Appetit verderben. Aber solche Menschen gibt es immer weniger. Die Autoren des

Memel-signatari fordern

Wiederherstellung der Memel-Autonomie.

London, 2. April.

Im Unterhause erklärte am Montag Sir John Simon, daß die Englische, Französische und Italienische Regierung unlängst Einspruch bei der Litauischen Regierung erhoben haben. Die Litauische Regierung wurde hierbei daran aufmerksam gemacht, daß die gegenwärtige Lage in Memel unvereinbar mit der durch das Memelstatut errichteten Autonomie sei. Es sei deshalb die Pflicht der Litauischen Regierung, die gegenwärtige Lage ohne Verzögerung zu beenden.

Kommt Litauen zur Vernunft?

Die in der polnischen Presse enthaltenen Nachrichten, daß Litauen Kriegsmaterial in Frankreich kaufte, an der deutsch-litauischen Grenze Schützengräben auswerfen läßt, daß die deutschen Behörden den kleinen Grenzverkehr längs der ganzen litauischen Grenze eingestellt haben, weisen darauf hin, daß in diesem kleinen Ländchen, das vor einigen Tagen durch das Schandurteil in Kowno zu einer zweifelhaften Weltberühmtheit geworden ist, eine Art Angstpsychose eingezogen gehalten hat. Durchaus glaubwürdig erscheint daher ein Situationsbild, das der Kownoer Berichterstatter des „Illustration Kurier Codizioni“ über die Stimmung in Litauen einwirft.

„Der Eindruck“, so schreibt er, „den im Auslande die Todesurteile gegen Deutsche im Memelprozeß hervorgerufen haben, ist auf die Haltung der litauischen Behörden nicht ohne Einfluß geblieben. Wie es scheint, haben einige Signatarmächte des Memelstatuts die Aufmerksamkeit der Litauischen Regierung auf die schlecht gewählte Zeit der Bekanntgabe des Urteils gelenkt.“

Weiter heißt es in dem Bericht, man spreche in Kownoer politischen Kreisen im Zusammenhang damit davon, daß der Prozeß vom Obersten Gerichtshof einer Revision unterzogen werden wird. Es bestehe auch die Möglichkeit, daß der Präsident der Republik das Urteil mildert. Gleichzeitig soll die Litauische Regierung die Absicht haben, ihre Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. „Lietuvos Ūidas“ und nach dieser Zeitung auch „Lietuvos Žinios“ schreiben, der Augenblick einer Änderung des bisherigen Verhältnisses mit Deutschland sei gekommen, und die Litauische Regierung sei nach dem Abschluß des Memeländer-Prozesses bereit, Berlin Zugeständnisse zu

klatschen, daß Reichskanzler Hitler in seinem Gespräch mit Sir John Simon die Rückgabe des polnischen Korridors gefordert hätte, würden es freilich vorziehen, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen in die frühere Phase zurückzuführen. Sie orientierten sich aber nicht genügend über die Wirklichkeit, die der Reichskanzler Hitler klarer zu sehen scheint als sie selbst es tun.

Einheitliche Justizverwaltung im Reich.

Berlin, 2. April. Die Außenabteilungen des Reichsjustizministeriums für Bayern, Sachsen-Thüringen, Württemberg-Baden und Nord sind mit dem 1. April aus Anlaß des Überganges der gesamten Justizverwaltung auf das Reich aufgehoben worden. Weiter hat der Führer und Reichskanzler auf Vorschlag des Reichsjustizministers den bisherigen sächsischen Justizminister und Beauftragten des Reichsjustizministers für die Gruppe Sachsen-Thüringen, Dr. Thierack, zum Vizepräsidenten des Reichsgerichts ernannt. Auf Vorschlag des Reichsjustizministers hat der Führer und Reichskanzler ferner den bisherigen Senator für das Justizwesen und Leiter der Landesgruppe Nord des Reichsjustizministeriums, Dr. Rothenberg, Hamburg, zum Präsidenten des Oberlandesgerichts in Hamburg ernannt.

Bismarck-Feier in Hamburg.

Hamburg, 2. April. Zum 120. Geburtstage des Fürsten Bismarck fand auf Veranlassung des Altdutschen Verbandes im Mausoleum Friedrichsruh eine schlichte Gedenkfeier statt. Neben zahlreichen Ehrengästen waren Abordnungen des Nationalsozialistischen deutschen Frontkämpferbundes, sowie anderer Verbände erschienen. Die Gedächtnisrede hielt Adolf Roth (Bergedorf).

„Es führt“, so betonte der Redner, „eine gerade Linie von Bismarck zu Hitler.“ Das Ziel beider sei

Einheit, Ehre und Sicherheit des Reiches.

Wie eine Vorhersage des Sieges des Nationalsozialismus mutet das Wort Bismarcks an, das Bismarck im Jahre 1881 im Kampfe um die deutsche Sozialgesetzgebung gesagt habe: „Es ist möglich, daß unsere Politik einmal zugrunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus panke sich durch; der, der diesen Gedanken aufnimmt, wird ans Ruder kommen.“

Feldjägerkorps ein Bestandteil der Schuhpolizei.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, werden nach Durchführung des Berufsbeamtengelebes und nach organisatorischen Änderungen in der Polizei Stellen in der Schuhpolizei durch das Feldjägerkorps aufgefüllt. Zu diesem Zwecke hat der Reichs- und Preußische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, dem Stellvertreter des Führers und dem Chef des Stabes der SA, das bisherige Feldjägerkorps unter dem 1. April 1935 in die preußische Schuhpolizei eingegliedert. Dadurch wird die Schuhpolizei weiterhin durch alte Kämpfer der Nationalsozialistischen Bewegung aufgefüllt.

Das Feldjägerkorps ist jetzt ein Bestandteil der Schuhpolizei und hat auch ihre Aufgaben mit zu erfüllen. Die Feldjägerbereitschaften bleiben auch im Rahmen der Schuhpolizei bestehen. Sie behalten ihre Uniform und tragen nunmehr die Dienstgradabzeichen der Schuhpolizei. Die Führer des Feldjägerkorps werden in Offiziersstellen und die Feldjäger in Wachtmeisterstellen übergeführt.

machen. Die Presse, so heißt es weiter, begrüßt mit Beifriedigung die Ankunft des deutschen Handels-Attachés in Kowno und betont, daß es bei den (früher) sehr lebhaften deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen in Kowno keinen Handelsvertreter Deutschlands gegeben habe. Daß die Reichsregierung jetzt einen Handels-Attaché nach Kowno entsandt hat, sei nach Ansicht der litauischen Presse das erste Zeichen einer Besserung der deutsch-litauischen Beziehungen *

Das Kownoer Kriegsgericht war nicht zuständig.

In den „Sallischen Nachrichten“ nimmt Universitätsprofessor Dr. Erwin Nock-Halle, der Generalinspektor des NS. Deutschen Juristenbundes, ausführlich zu dem Kownoer Bluturteil Stellung. Er kennzeichnet die Ungeheuerlichkeit, die der Urteilspruch gegen offensichtlich Unschuldige bedeutet und betont die Notwendigkeit, daß die Garantiemächte des Memelstatuts gegen diesen politischen Justizmord einschreiten. Mit folgenden Worten weist er dann nach, daß das Kownoer Kriegsgericht überhaupt nicht zuständig für die Durchführung des Prozesses war: „Das Memelgebiet ist durch die Pariser Konvention vom 8. Mai 1924 durch Vertrag zwischen Litauen und den Alliierten und assoziierten Hauptmächten als autonomer Staat innerhalb des litauischen Staatsgebietes erklärt worden. Als autonomen Staat ist dem Memelländer Deutschland die Justizhoheit gewahrt. Die Angeklagten sind daher keineswegs dem litauischen Kriegsgericht unterstellt gewesen. Genau so wenig wie Frankreich zur Zeit des Russenbruches die Justizhoheit über Schlägert zustand, steht auch dem litauischen Kriegsgericht die Justizhoheit gegenüber den Memelländern Deutschland zu und das Recht, vier Deutsche zum Tode zu verurteilen und die Führer der Deutschen Partei lebenslänglich oder auf längere Zeit ins Buchhaus zu bringen und so ihrer Aufgabe, für das Deutschland im Memelland weiterzukämpfen, endgültig zu entziehen. Die Justizhoheit des Memelgebietes ist durch die Errichtung von Kriegsgerichten verletzt worden. Dieses Kriegsgericht hat sogar in Kowno getagt, also noch nicht innerhalb des Memelgebietes. Die wenigen Rechte, die den deutschen Volksgenossen im Memelland noch geblieben waren, sind aufs schwerste verletzt worden. Memelländer dürfen nur durch Memelgerichte abgeurteilt werden.“

Geheimes Konsistorium in Rom.

Pacelli zum Nachfolger von Gasparri ernannt.

Rom, 2. April.

Papst Pius XI. eröffnete am Montag vormittag das geheime Konsistorium, das zur Beschlusssfassung über die Heiligsprechung des englischen Staatskanzlers Thomas Morus und des englischen Kardinals John Fisher einberufen war. Nachdem der Papst vom Thronstuhl des großen Konsistorialsaals, dessen Wandflächen mit roter Seide ausgeschlagen sind, einige Gebete gesprochen hatte, beantragte der Präfekt der Riten-Kongregation, Kardinal Pacelli, in einer lateinisch gehaltenen Abreise die Heiligsprechung, zu der alle anwesenden zwanzig Kardinäle ihr „pacet“ gaben.

Im Anschluß an diese Abstimmung gab Papst Pius XI. die Ernennung des Kardinals Pacelli zum Kämmerer der Kirche bekannt. Mit dieser Würde, die Kardinal Pacelli als Nachfolger des verstorbenen ehemaligen Kardinalstaatssekretärs Gasparri übernimmt, ist das Recht auf ihn übergegangen, im Falle eines Ablebens des Papstes bis zum Zusammentritt eines Konklaves die Befugnisse eines stellvertretenden Kirchenoberhauptes auszuüben.

Dem geheimen Konsistorium wohnten nach der strengen Vorschrift des kanonischen Rechts, das jedem weiteren Anwenden mit der schwersten Strafe des großen Exkomunikation belegt, nur die Mitglieder des Kardinal-Kollegiums bei. Im Anschluß daran hielt der Papst, dem Herkommen entsprechend, eine Ansprache, in der er die Lage der Kirche behandelte und auf die Zeitverhältnisse einging. Ein Auszug aus dieser Rede, der im „Osservatore Romano“ erscheinen wird, hält besonders die Ausführungen fest, in denen

sich der Papst mit ungewöhnlichem Nachdruck für die Erhaltung des Friedens einsetzt.

Gegenüber den Befürchtungen, die einen großen Teil der christlichen Völker erfaßt habe, erklärte er, daß er nicht an die Möglichkeit eines Krieges glauben könne, der unter den heutigen Umständen eine moralische, eine physische und eine materielle Unmöglichkeit sei. Die Ruinen des Weltkrieges seien noch nicht verschwunden und es würde ein Irrtum und ein Verbrechen sein, an einen neuen Krieg zu denken.

Deutsches Reich.

Zur Hochzeit des Ministerpräsidenten Göring.

Wie DNVP von zuständiger Seite erfährt, findet die Vermählung des Ministerpräsidenten und Reichsministers der Luftfahrt General Göring mit Frau Emmy Sonnenmann nicht — wie ursprünglich gemeldet — am 12., sondern am Mittwoch, dem 10. April, statt.

Die standesamtliche Trauung erfolgt nach einer Begrüßungsansprache des Staatskommisars der Hauptstadt Berlin Dr. Lippert durch den Oberbürgermeister Dr. Sahm mittags 12 Uhr im Rathaus, die kirchliche Trauung, die Reichsbischof Müller vornehmen wird, um 14 Uhr im Berliner Dom.

Republik Polen.

Großer Kommunistenprozeß in Polen.

In Kowel in der Wojewodschaft Wolhynien begann ein großer Prozeß gegen 57 Kommunisten. Sie gehörten einer Organisation an, die sich „Kommunistische Partei der Westukraine“ nannte. Den Angeklagten wird vorgeworfen, Streiks der Landarbeiter und Boykott der Märkte und Jahrmarkte in den Städten und Ortschaften Wolhyniens organisiert zu haben. Weiter wird in der Anklage gesagt, daß sie in allen Fällen, wo ihren Streikparteien Widerstand entgegengesetzt wurde, einen blutigen Terror ausgeübt haben. Das Ziel der ganzen Aktion war ein Bauernauftand, den die Kommunisten, wie in der Anklage weiter dargelegt wird, herbeiführen wollten, um die Städte auszuhungern und dadurch weitere Unruhen hervorzurufen.

Birtschaftliche Rundschau.

Das deutsch-französische Wirtschaftsabkommen.

Sicherung eines Devisenüberschusses für Deutschland.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Zwischen Deutschland und Frankreich besteht eine Clearing-Vereinbarung, die den gegenseitigen Warenverkehr auf Grundlage von Kompenstationen regelt. Dieses Abkommen wäre am 31. März abgelaufen, und wenn es nicht gelungen wäre, es zu erneuern, hätte die Gefahr gedroht, daß die Handelsbeziehungen beider Länder in einen Zustand vollkommener Lähmung verfallen wären. Man hat bereits, als die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland bevorstand, über die Erneuerung und Änderung des Abkommens verhandelt, ohne dass zu einem Ergebnis gelangen zu können. Das Ereignis der Saarrückgliederung bot deshalb besonderen Anlaß, weil das Saargebiet nach 15-jähriger Zugehörigkeit zum französischen Zollregime erheblich mehr aus Frankreich bezog, als es dort lieferte. Derartige Wirtschaftsbeziehungen sind natürlich nicht mit einem Schlag abzubrechen. Das Deutsche Reich befindet sich aber schon seit längerer Zeit Frankreich gegenüber im Zustand der passiven Handelsbilanz, und dieser Passivsaldo hätte sich, nachdem das Saargebiet in die deutsche Zollgrenze einbezogen wurde, noch erhöhen müssen.

Das seitherige Clearingabkommen zwischen Deutschland und Frankreich sollte nach dem bei seinem Abschluß beachtigten keine glatte Kompensation der beiderseitigen Lieferungen ergeben, sondern es bestand Einverständnis darüber, daß wegen der von Deutschland an Frankreich zu zahlenden Zinsbeläge für die Dawes- und Young-Anleihe ein Überschuß zugunsten Deutschlands erzielt werden müsse. Tatsächlich ist das nicht gelungen, und infolgedessen bestehen zurzeit Warenforderungen Frankreichs an Deutschland in ziemlicher Höhe. Ein neues Vertragsabkommen, das diese über das Maß der seitherigen Warenlieferungen Deutschlands an Frankreich hinausgehenden Forderungen in den Kompensationsverkehr einbezogen hätte, könnte von Deutschland nicht ausgehen, denn damit wäre es in die neue Clearingperiode mit einer Vorbelastung eingetreten, die die Erzielung eines Devisenüberschusses erst recht unmöglich gemacht hätte. Deutschland erhob deshalb in den letzten Verhandlungen vor etwa vier Wochen die Forderung, daß Verrechnungsabkommen müsse so gestaltet werden, daß ihm ein Nettoüberschuss an Devisen von 200 Millionen Franken jährlich verbleibe. Diesem Verlangen hat sich Frankreich damals widersetzt und die Verhandlungen mussten zunächst abgebrochen werden.

Heute ist es gelungen, sie zu einem leidlichen Ergebnis zu führen. War hat man sich nicht auf den zunächst nahelegenden Ausweg einigen können, die 15,75 Prozent, die nach dem bisherigen Clearing-Abkommen vom deutschen Ausfuhrwert abgezweigt wurden, entsprechend zu erhöhen, um den Devisenüberschuss sicherzustellen. Man ist den anderen, etwas gewaltsameren Weg gegangen, die französische Einführung nach Deutschland einzurichten. Etwas anderes blieb in der Tat auch nicht mehr übrig, wenn Deutschland angesichts seiner seitherigen passiven Handelsbilanz mit Frankreich die Bezahlung seiner rückläufigen Warenbilanz und Anteileinheiten und dazu eben noch die Erzielung eines Devisenüberschusses ermöglicht werden sollte. Praktisch bedeutet es also, daß Frankreich sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß der bisherige Passivsaldo Deutschlands durch Zurückhaltung französischer Warenlieferungen in einem Aktivsaldo für das Reich verändert werden muß. Das neue Abkommen ist am 1. April in Kraft getreten und gilt für drei Monate.

Das neue polnische Zettsteuergesetz. Nach dem Wortlaut des neuen Zettsteuergesetzes für Polen, das soeben im "Dziennik Ustaw" veröffentlicht wurde, unterliegen 1. Pflanzenfette (Kofos, Palmfett u. a.) mit einem Zettstaurabatt von weniger als 2,5 Prozent, 2. Zettgemeine mit weniger als 2,5 Prozent Zettstaurabatt und 3. Kunstoffe (Margarine usw.) einer Steuer von 50 Groschen je Kilogramm.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 3. April auf 5,9245 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombard-atz 6%.

Der Zloty am 2. April. Danzig: Überweitung 57,69 bis 57,81, bar 57,69–57,81, Berlin: Überweitung 46,79 bis 46,97, Prag: Überweitung 452,00, Wien: Überweitung —, Paris: Überweitung 286,00, Zürich: Überweitung 58,25, Mailand: Überweitung —, London: Überweitung 25,56, Copenhagen: Überweitung 88,15, Stockholm: Überweitung 77,00, Oslo: Überweitung —.

Warschauer Börse vom 2. April. Umlauf, Verkauf — Kauf, Belgien 90,35, 90,65 — 90,05, Belgrad —, Berlin 213,00, 214,00 — 212,00, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,20, 173,63 — 172,77, Spanien —, —, Holland 358,20, 359,10 — 357,30, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 114,60, 115,15 — 114,05, London 25,70, 25,83 — 25,57, New York 5,31%, 5,34% — 5,28%, Oslo —, Paris 34,99, 35,08 — 34,90, Prag 22,14, 22,19 — 22,09, Riga —, Sofia —, Stockholm —, —, —, Schweiz 171,67, 172,10 — 171,24, Tallin —, Wien —, Italien 43,95, 44,07 — 43,83.

Berlin, 2. April. Amtl. Devisenkurse: New York 2,492—2,496, London 12,03—12,06, Holland 168,09—168,43, Norwegen 60,47 bis 60,59, Schweden 62,04—62,16, Belgien —, Italien 20,58 bis 20,62, Frankreich 16,42—16,46, Schweiz 80,72—80,88, Prag 10,40 bis 10,42, Wien 48,95—49,05, Danzig 81,30—81,46, Warschau 46,93—47,03.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Schelone 5,27 zł, do. kleine 5,26 zł, Kanada 5,20 zł, 1 Pf. Sterling 25,30 zł, 100 Schweizer Franken 171,16 zł, 100 franz. Franken 34,89 zł, 100 deutsche Reichsmark 197,00 und in Gold 211,28 zł, 100 Danziger Gulden 172,69 zł, 100 tschech. Kronen — zł, 100 österreich. Schillinge 98,00 zł, holländischer Gulden 357,15 zł, Belgisch Belgas —, ital. lire —, 31.

Produktionsmarkt.

Amtliche Notierungen der Warschauer Getreidebörsen vom 2. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	30 to	13,85
	30 to	14,00
Hafer	30 to	14,55

Richtpreise:

Weizen	15,50—15,75	Beluschen	33,00—35,00
Roggen	13,75—14,00	Vittoriaerbien	33,00—40,00
Brauergeste	19,50—20,00	Folgererbien	30,00—32,00
Einheitsgerste	17,50—17,75	Klee, gelb,	in Schalen
Sammelgerste	16,50—17,00	Tymothee	60,00—70,00
Hafer	14,25—14,75	Engl. Rangras	90,00—100,00
Roggenmehl (65%)	19,50—20,50	Speisefkartoffeln	—
Weizengehl (65%)	23,50—24,00	Fabrikkartoffel, p. kg	—
Roggenfleie	10,50—11,25	Fabrikkartoffel, grob	—
Weizenfleie, mittig	10,75—11,25	Weizenfleie, lofe	3,00—3,20
Weizenfleie (groß)	11,50—12,00	Weizenfleie, gepr.	3,60—3,80
Gerstenfleie	10,25—11,50	Roggenfleie, lofe	3,25—3,50
Winteraps	38,00—40,00	Roggenfleie, gepr.	3,75—4,00
Rübien	36,00—38,00	Haferfleie, lofe	4,25—4,50
Leinamen	44,00—47,00	Haferfleie, gepr.	4,25—4,50
Blauer Mohn	34,00—37,00	Gerstenfleie, lofe	2,45—2,95
gelbe Lupinen	12,50—13,00	Gerstenfleie, gepr.	3,35—3,55
blaue Lupinen	10,50—11,00	Heu, lofe	7,00—7,50
Seradella	14,00—15,00	Heu, gepr.	7,50—8,00
roter Klee, roh	130,00—140,00	Reheheu, lofe	8,00—8,50
weißer Klee	80,00—110,00	Reheheu, gepr.	8,50—9,00
Schwedenkle	220,00—240,00	Leintuchen	18,75—19,00
Klee, gelb	70,00—80,00	Rapsfuchen	12,75—13,00
ohne Schalen	38,00—40,00	Sonnenblumen-	fuchen 42—43%
Sommerwide	31,00—33,00	fuchen	19,25—19,75
		Sojaschrot	20,00—20,50

Polens Haushaltsvoranschlag veröffentlicht.

Im amtlichen polnischen Gesetzblatt hat die polnische Regierung soeben ihr Finanzgesetz für das Jahr 1935 veröffentlicht. Die Regierung wird auf Grund dieses Gesetzes ermächtigt, entsprechend dem Sejm und Senat angenommenen Budgetvoranschlag als sogenannte gewöhnliche Staatsausgaben 2.094.300.460 Zloty und als außerordentliche Ausgaben 64.687.700 Zloty im kommenden Budgetjahr zu verausgaben. Mit den übrigen Ausgaben für staatliche Betriebe und für Staatsfonds ist die Regierung ermächtigt, insgesamt 2.168.378.160 Zloty zu verausgaben. Diese Ausgaben werden sich auf die Zeit vom 1. April 1935 bis zum 31. März 1936 erstrecken.

Zur Deckung dieser Ausgaben sind sogenannte ordentliche Einnahmen in Höhe von 1.882.504.700 Zloty vorgesehen. Die Höhe der außerordentlichen Einnahmen ist mit 133.902.000 Zloty veranschlagt. Die Gesamtsumme der Einnahmen beläuft sich auf 2.016.406.700 Zloty. Die Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung sollen 1.307.251.700 Zloty ergeben, die Einnahmen aus den staatlichen Betrieben werden mit 72 Millionen Zloty, die aus den Staatsmonopolen mit 630,1 Millionen Zloty und aus den staatlichen Fonds mit 12,8 Millionen Zloty angegeben.

Auf Grund des Finanzwirtschaftsplans, der im Staatshaushalt 1935/36 mitspielt, sind folgende sogenannte gewöhnliche Ausgaben vorgesehen: Für die staatlichen Betriebe 305,4 Millionen Zloty (und außerordentliche Ausgaben 18,3 Millionen Zloty), für die staatlichen Monopole 431,9 Millionen Zloty und für die staatlichen Fonds 246,3 Millionen Zloty. Zur Deckung der gewöhnlichen und außerordentlichen Ausgaben der staatlichen Betriebe, Monopole und Fonds haben die ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen und Bushläge aus dem Staatshaushalt zu dienen.

Was die im Budget nicht vorgesehenen Ausgaben anbelangt, so dürfen sie nur auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das auf Antrag des Finanzministers beschlossen wird, vorausgesetzt, daß gleichzeitig eine genügende Deckung vorhanden ist. Vor Genehmigung eines solchen Gesetzes dürfen Ausgaben, die im Budget für diese Zwecke vorgesehen oder auch nicht vorgesehen sind, vorgenommen werden, wenn die Notwendigkeit einer sofortigen Ausschüttung dieser Summen durch den Staatshaushalt vorliegt. Diese Ausgaben dürfen nur auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates getätigt werden, der jedoch verpflichtet ist, innerhalb einer Woche vom Tage der Bekanntmachung, auf gerechnet, diesen Beschluß im "Monitor Polski" zu veröffentlichen und ihn zur Kenntnis der höchsten Kontrollkammer zu bringen. Gleichzeitig bringt der Finanzminister im Sejm den Antrag über die zusätzlichen Kredite ein.

Der Finanzminister hat das Recht, auf Antrag des jeweiligen Reformministers oder des Sejm- und Senatsmarschalls, oder auch auf Antrag der Vorsitzenden der höchsten Kontrollkammer, Kredite aus einem Reservenfonds in das andere zu übertragen (Verteilung), die Ausgaben zur Rückzahlung von Staatschulden bei Vorhandensein von Deckungen zu erhöhen, die Ausgaben für die staatlichen Wirtschaftsbetriebe und Institutionen zu erhöhen, sofern diese Änderungen nicht eine Verminderung der Einnahmen in den Staatshaushalt bewirken. Der Finanzminister ist ferner berechtigt, aus den vorhandenen Kassenbeständen den territorialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungen Darlehen mit einer Zielsetzung von höchstens zwölf Monaten zu erteilen. Die Gesamtsumme solcher Darlehen kann im Budgetjahr 1935/36 20 Prozent der Anteile aus den Staatssteuern und den Bushlägen zu diesen Steuern, die von den Staatskassen für diese Selbstverwaltungsverbände erhoben werden, nicht überschreiten.

Das Finanzgesetz ist am 1. April in Kraft getreten.

Die Entwicklung der polnischen und der Danziger Handelsflotte in den letzten fünf Jahren.

Polen hatte im Jahre 1930 eine Handelsflotte von 25 Einheiten über 100 Brutto, mit 41.334 Brutto, und 28.016 Nettoton, die bis Ende 1934 auf 57 Einheiten und 64.350 Brutto, und 36.239 Nettoton, anwuchs. Von der letztangeführten Zahl waren 37 Dampfer (1930: 23) mit 60.689 Brutto, und 34.273 Nettoton, (28.480 und 21.527)

und 20 Motorschiffe mit 3661 Brutto, und 1886 Nettoton, (2—1419). Von der Gesamtzahl der Schiffe hatten 31 eine Größe von 100 bis 500 Brutto, (12 Dampfer und 19 Motorschiffe) 5.501—1000, 10.101—2000 (9 Dampfer und 1 Motorschiff), 6.201—3000, 2.301—5000 und 3.5001—8000 Brutto. Schließlich besaß Polen noch 21 Schiffe unter 100 Brutto, und zwar 10 Dampfer und 11 Motorschiffe.

Die Handelsflotte Danzigs zählte am 1. Januar 1935 52 Einheiten mit 275.748 Brutto, und 151.815 Nettoton, (1930: 46—151.231—84.676), davon 28 Dampfer mit 20.554 Brutto, und 11.768 Nettoton, (84—43.478—25.678) und 24 Motorschiffe mit 255.195 Brutto, und 140.047 Nettoton, (12—107.738—58.998). Von der Gesamtzahl waren 19 Einheiten in der Größe von 100—500 Brutto, 4 von 501—1000, 3 von 1001—2000, 1 von 2001—3000, 3 von 5000—8000 und 22 über 8000 Brutto. Die letztangeführten 22 Schiffe waren alle Motorschiffe, während die Einheiten von 100 bis 5000 Brutto, sämtlich Dampfer waren, von den Einheiten von 5001 bis 8000 waren 2 Motorschiffe und 1 Dampfer. Überdies hatte Danzig noch 19 Schiffe unter 100 Brutto, und zwar 16 Dampfer und 3 Motorschiffe.

Polens Landwirtschaft kann die Meliorationskredite nicht zurückzahlen.

Auf dem Gebiete der Wojewodschaft Warthau wurden bis zum Jahre 1930 etwa 59.000 Hektar Böden melioriert, für welche Arbeiten von der Landwirtschaft 44 Mill. Zloty an Krediten aufgenommen wurden. Die immer schwieriger Wirtschaftslage Polens hat es den Landwirten nicht möglich gemacht, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, so daß die Kreditsumme mit Zinsen und Konvertierungskosten auf 57 Mill. Zloty angewachsen ist. Die Belastung eines Hektar mit Meliorationskredit beläuft sich auf 900 Zloty. Von den interessierten Kreisen der Landwirtschaft wird nun die Forderung erhoben, diese Kredite um 50—60 Prozent herabzusetzen, da die Entschuldungskasse diese Frage nicht genügend bereit ist und die Landwirte nicht in der Lage sind, die übernommenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Neue Einführerverbote in Italien.

Durch ein neues am 30. März in Kraft getretenes Gesetz wird in Italien für eine Reihe von weiteren Waren, die in der Liste aufgeführt sind, ein Einführerverbot erlassen. Außerdem wird die Einführung verschiedener Waren von einer Einführungsermäßigung abhängig gemacht.

Abwertung auch in Luxemburg.

Die luxemburgische Regierung hat nunmehr, dem belgischen Beispiel folgend, den Franc um 10 v. H. abgewertet. Die luxemburgisch-belgische Zollunion bleibt jedoch in der augenblicklichen Form bestehen.

Preisermäßigung für von der Landwirtschaft gekaufte Waren in Polen. Wie bereits berichtet, ist von der polnischen Regierung eine Aktion unternommen worden, um für eine Reihe von industriellen Erzeugnissen, die vom Bauern direkt gekauft werden, Preisermäßigung zu erzielen. Diese Aktion hat in einigen Fällen bereits Erfolg gehabt, so hat sich die Metallindustrie bereit erklärt, besonders billige Schaufeln und Spaten auf den Markt zu bringen, die um 20 Prozent billiger sein werden als die sonstigen Erzeugnisse dieser Art. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Man hofft, noch im Laufe des April das gewünschte Ziel zu erreichen.

Die polnische Werkzeugindustrie. Die im Verbande der Met